



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

6. Jahrgang
Nr. 153, Nov./1 2020

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

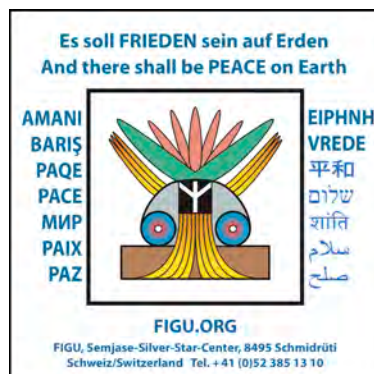
Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol



Löscht das Todessymbol , die <Todesrunne> als falsches Friedenssymbol aus;

nutzt dazu euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!



Friedens-Symbol

"Kommt nichts Gutes bei raus" – Putin über Unruhen, Plünderungen und Denkmalstürze bei BLM-Protesten

17.06.2020 • 13:01 Uhr



Der russische Präsident hat in einem Interview mit dem Fernsehsender Rossija 1 seine Einschätzung zu den teilweise gewaltsamen Unruhen nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd in den USA preisgegeben. Ihm nach habe Russland immer den Kampf der Afroamerikaner um Gleichberechtigung unterstützt. Wenn aber Proteste in Nationalismus und Extremismus ausarten, könne dabei nichts Gutes herauskommen.

Putin erklärte:

Was die Dinge im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen der weissen Bevölkerung und den Afroamerikanern betrifft, so handelt es sich um bekannte Probleme, die in den USA seit langem bestehen. Wir hatten in der UdSSR und im modernen Russland immer viel Sympathie für den Kampf der Afroamerikaner um deren natürliche Rechte. Immer.

Aber:

Wenn dies jedoch – auch nach der Begehung von Verbrechen – Elemente von radikalem Nationalismus und Extremismus annimmt, wird nichts Gutes dabei herauskommen. Wenn dieser Kampf um natürliche Rechte, um legitime Rechte in Chaos und Krawall umschlägt, sehe ich nichts Gutes für das Land. So etwas haben wir nie unterstützt.

Angesprochen auf die Denkmalstürze bei Protesten, die nach Europa übergeschwappt sind, sprach Putin von "zweifelloso destruktiven Phänomenen". Die Spaltung der Gesellschaft sei nichts Gutes. Russlands Stärke bestehe auch darin, dass es multi-ethnisch und trotzdem vereint und solidarisch sei.

Stellen Sie sich afroamerikanische Ärzte vor, die nur Afroamerikaner behandeln. Nun, stellen Sie sich vor, in unserem multinationalen Land würden die Mari nur Mari oder Russen nur Russen behandeln, Tataren nur Tataren, Dagestaner nur Dagestaner, und sie verstossen nicht gegen diese Regel.

Doch gerade in der Corona-Krise sei dieser Zusammenhalt unter den Völkern ein grosser Vorteil gewesen: Dagestan befand sich in einer schwierigen Situation [wegen des Coronavirus], und das ganze Land hat ihnen Hilfe angeboten: Die Armee traf ein, und das Notfallministerium traf ein, und es kamen Ärzte aus dem ganzen Land, auch aus Moskau.

Und Putin fragt:

Ist das schlecht? Im Gegenteil, dies ist ein Vorteil Russlands, und unseres multinationalen Landes und unserer multiethnischen Nation. Wir müssen das bewahren!

Quelle: <https://deutsch.rt.com/kurzclips/103573-kommt-nichts-gutes-bei-raus-putin-unruhen-usa/>

75. Jahrestag des Großen Sieges: Gemeinsame Verantwortung vor Geschichte und Zukunft

Von Wladimir Putin

(zur Verfügung gestellt von Anarle Kabelbw)

Es sind 75 Jahre vergangen, seit der Große Vaterländische Krieg beendet wurde. In diesen Jahren sind mehrere Generationen aufgewachsen. Die politische Karte des Planeten hat sich geändert. Es gibt die Sowjetunion nicht mehr, die einen grandiosen, vernichtenden Sieg über den Nazismus errungen und die ganze Welt gerettet hatte. Und die Ereignisse des Krieges selbst sind sogar für seine Teilnehmer eine ferne Vergangenheit geworden. Warum wird der 9. Mai in Russland als der wichtigste Feiertag begangen, und scheint das Leben am 22. Juni für einen Moment still zu stehen und man hält den Atem an, als hätte man einen Kloß im Hals?

Man pflegt zu sagen: Der Krieg hat eine tiefe Spur in der Geschichte jeder Familie hinterlassen. Hinter diesen Worten stehen das Schicksal von Millionen Menschen, ihr Leiden und der Schmerz des Verlustes. Stolz, Wahrheit und Erinnerung.

Für meine Eltern ist der Krieg die schrecklichen Qualen des belagerten Leningrads, wo mein zweijähriger Bruder Witja starb, wo meine Mutter wie durch ein Wunder am Leben blieb. Mein Vater, der unabhkömmlich gestellt war, ging freiwillig an die Front, um die Heimatstadt zu verteidigen – handelte ebenso wie Millionen sowjetische Bürger. Er kämpfte am Brückenkopf „Newski Pjatatschok“ und wurde schwer verletzt. Und je weiter diese Jahre vergangen sind, desto größer ist das Bedürfnis, mit den Eltern zu sprechen, um mehr von ihrem Leben während des Krieges zu erfahren. Es ist aber unmöglich, etwas zu fragen; deswegen bewahre ich die Gespräche mit meinem Vater und meiner Mutter zu diesem Thema, ihre kargen Emotionen heilig im Herzen.

Für mich und meine Altersgenossen ist es wichtig, dass unsere Kinder, Enkel und Urenkel begreifen, welchen Prüfungen und Qualen ihre Vorfäter standgehalten haben. Wie, warum konnten sie standhalten und siegen? Woher kam ihre wahrlich eiserne <Geisteskraft>, die die ganze Welt erstaunte und verwunderte? Ja, sie haben ihr Haus, ihre Kinder, ihre Angehörigen, ihre Familie verteidigt. Die Liebe zur Heimat, zum Vaterland hat aber alle vereint. Dieses tiefe, persönliche Gefühl spiegelt sich in seiner ganzen Fülle im Wesen unseres Volkes wider und wurde zu einem der entscheidenden in seinem heldenhaften, opferreichen Kampf gegen die Nazis.

Oft fragt man: Wie würde sich die jetzige Generation in einer kritischen Situation benehmen und handeln? Vor meinen Augen sind junge Ärzte, Krankenschwestern, manchmal gestrige Studenten, die heute in die „rote Zone“ gehen, um Menschen zu retten. Unsere Militärangehörigen, die während des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus im Nordkaukasus und in Syrien um Leben und Tod kämpfen – ganz junge Menschen! Viele Soldaten der legendären, unsterblichen sechsten Fallschirmjägerkompanie waren 19 bis 20 Jahre alt. Sie haben aber gezeigt, dass sie der Heldentat der Soldaten unserer Heimat, die sie im Großen Vaterländischen Krieg verteidigten, würdig sind.

Daher bin ich mir sicher, dass es im Charakter der Völker Russlands liegt – ihre Pflicht zu erfüllen, sich selbst nicht zu schonen, wenn die Umstände dies erfordern. Selbstlosigkeit, Patriotismus, Liebe zur Heimat, zur Familie, zum Vaterland – diese Werte sind auch heute für die russische Gesellschaft fundamental. Grundsätzlich darauf beruht unsere Souveränität.

Mittlerweile hat unser Volk neue Traditionen, in etwa das „Untersterbliche Regiment“, ins Leben gerufen. Es ist ein Marsch unseres dankbaren Andenkens, unserer leiblichen, lebendigen Verbindung zwischen den Generationen. Millionen Menschen gehen mit Fotos ihrer Verwandten, die das Vaterland verteidigt und den Nazismus besiegt haben, zur Teilnahme an Umzügen auf die Straßen. Das bedeutet, dass ihr Leben, ihre Prüfungen und Opfer, ihr Sieg, den sie uns übergeben haben, niemals vergessen werden.

Unsere Verantwortung gegenüber der Vergangenheit und Zukunft ist es, alles zu tun, um eine Wiederholung der schrecklichen Tragödien zu verhindern. Deshalb habe ich es für meine Pflicht gehalten, mit dem Artikel über den Zweiten Weltkrieg und den Großen Vaterländischen Krieg aufzutreten. Ich habe diese Idee mehrmals bei Gesprächen mit Staats- und Regierungschefs diskutiert und bei ihnen Verständnis gefunden. Ende des vorigen Jahres, beim Gipfel der Spitzenpolitiker der GUS-Staaten waren wir alle darin einig, dass es wichtig ist, das Andenken daran, dass der Sieg über den Nazismus vor allem vom sowjetischen Volk erreicht wurde, dass in diesem heldenhaften Kampf – an der Front und im Hinterland, Schulter an Schulter – Vertreter aller Republiken der Sowjetunion gestanden haben, den Nachkommen zu überliefern. Damals habe ich mit meinen Kollegen auch über die schwierige Vorkriegszeit gesprochen.

Dieses Gespräch löste eine große Resonanz in Europa und in der Welt aus. Dies bedeutet, dass der Zugriff auf die Lehren der Vergangenheit wirklich notwendig und aktuell ist. Zugleich gab es auch viele Emotionen, schlecht versteckte Komplexe, laute Anklagen. Eine Reihe von Politikern beeilte sich aus Gewohnheit zu erklären, dass Russland versuche, die Geschichte neu zu schreiben. Jedoch konnten sie dabei keinen einzigen Fakt, kein angeführtes Argument widerlegen. Natürlich ist es schwierig und unmöglich, mit Originaldokumenten zu streiten, die übrigens nicht nur in russischen, sondern auch in ausländischen Archiven aufbewahrt werden.

Daher besteht die Notwendigkeit, die Analyse der Ursachen, die zum Weltkrieg geführt hatten, Überlegungen über seine komplizierten Ereignisse, Tragödien und Siege, über seine Lehren – für unser Land und die ganze Welt – fortzusetzen. Und hier, ich wiederhole, ist es grundsätzlich wichtig, sich nur auf Archivakten, Zeugnisse von Zeitgenossen zu verlassen, um jegliche ideologischen und politisierten Spekulationen auszuschließen.

Ich erinnere noch einmal an offensichtliche Dinge: Die eigentlichen Ursachen des Zweiten Weltkrieges ergeben sich in vielerlei Hinsicht aus den Entscheidungen, die zu den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges getroffen wurden. Der Vertrag von Versailles wurde für Deutschland zu einem Symbol tiefer Ungerechtigkeit. Tatsächlich ging es um die Beraubung des Landes, das den westlichen Verbündeten riesige Reparationen zahlen musste, die seine Wirtschaft erschöpften. Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen, Marschall von Frankreich, Ferdinand Foch, gab dem Versailler Vertrag eine prophetische Bezeichnung: „Das ist kein Frieden. Das ist ein Waffenstillstand auf 20 Jahre.“

Gerade die nationale Demütigung bildete den Nährboden für radikale und revanchistische Stimmungen in Deutschland. Die Nazis spielten geschickt mit diesen Gefühlen, bauten ihre Propaganda darauf auf und versprachen, Deutschland vom „Erbe von Versailles“ zu befreien, seine ehemalige Stärke wiederherzustellen und drängten das deutsche Volk eigentlich zu einem neuen Krieg. Paradoxiertweise trugen westliche Staaten, vor allem Großbritannien und die USA, direkt oder indirekt dazu bei. Ihre Finanz- und Industriekreise investierten durchaus aktiv in deutsche Fabriken und Werke, die Rüstungserzeugnisse produzierten. Und unter der Aristokratie und dem politischen Establishment gab es viele Anhänger radikaler, rechtsextremer, nationalistischer Bewegungen, die sowohl in Deutschland als auch in Europa an Stärke gewannen.

Die Versailler „Weltordnung“ brachte zahlreiche latente Widersprüche und offensichtliche Konflikte hervor. Ihnen liegen die von den Siegern im Ersten Weltkrieg willkürlich gestalteten Grenzen der neuen europäischen Staaten zugrunde. Fast sofort nach ihrem Erscheinen auf der Karte begannen Gebietsstreite und gegenseitige Ansprüche, die sich in Zeitminen verwandelten.

Eines der wichtigsten Ergebnisse des Ersten Weltkrieges war die Gründung des Völkerbundes. Auf diese internationale Organisation wurden große Hoffnungen zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der kollektiven Sicherheit gesetzt. Es war eine progressive Idee, deren konsequente Umsetzung ohne Übertreibung eine Wiederholung der Schrecken des globalen Krieges hätte verhindern können.

Der Völkerbund, in dem die Siegermächte – Großbritannien und Frankreich – dominierten, zeigte jedoch deren Ineffizienz und ertrank einfach in leeren Gesprächen. Im Völkerbund, ja auf dem europäischen Kontinent wurden die mehrmaligen Aufforderungen der Sowjetunion, ein gleichberechtigtes System der kollektiven Sicherheit zu gestalten, nicht gehört. Unter anderem ging es darum, einen osteuropäischen und pazifischen Pakt zu schließen, die der Aggression hätten im Wege stehen können. Diese Vorschläge wurden ignoriert.

Der Völkerbund konnte auch Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt nicht verhindern, wie den Angriff Italiens auf Äthiopien, den Bürgerkrieg in Spanien, die Aggression Japans gegen China oder den Anschluss Österreichs. Und im Fall des Münchner Abkommens, an dem neben Hitler und Mussolini die Staats- und Regierungschefs Großbritanniens und Frankreichs teilnahmen, kam es mit voller Zustimmung des Völkerbundesrates zu einer Zergliederung der Tschechoslowakei. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass sich Stalin im Unterschied zu vielen damaligen europäischen Führern nicht mit einem persönlichen Treffen mit Hitler befleckte, der damals in westlichen Kreisen als ein durchaus respektable Politiker galt, und ein willkommener Gast in den europäischen Hauptstädten war.

Bei der Zergliederung der Tschechoslowakei agierte neben Deutschland auch Polen. Sie entschieden im Voraus und gemeinsam, wer und wer welche der tschechoslowakischen Ländereien bekommen sollte. Am 20. September 1938 teilte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, dem Außenminister Polens, Jozef Beck, die Versicherungen Hitlers mit, dass, wenn es zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu einem Konflikt bezüglich der polnischen Interessen in Tschechien komme, das Reich sich auf die polnische Seite stellen werde. Der Nazi-Führer gab sogar Hinweise und Ratschläge, dass der Beginn der polnischen Aktionen erst nach der Besetzung des Sudetenlands durch die Deutschen erfolgen solle.

Polen war sich bewusst, dass seine Eroberungspläne ohne Unterstützung durch Hitler zum Scheitern verurteilt gewesen wären. An dieser Stelle möchte ich die Aufzeichnung des Gespräches des deutschen Botschafters in Warschau, Hans-Adolf von Moltke, mit Jozef Beck vom 1. Oktober 1938 über die polnisch-tschechischen Beziehungen und die Position der UdSSR zu dieser Frage zitieren. Dort steht geschrieben, Herr Beck... habe sich für die loyale Interpretation der polnischen Interessen auf der Münchner Konferenz sowie für die Aufrichtigkeit der Beziehungen während des tschechischen Konflikts sehr bedankt. Die Regierung und die Öffentlichkeit von Polen würden die Position des Führers und Reichskanzlers voll und ganz würdigen.

Die Teilung der Tschechoslowakei war grausam und zynisch. München zerstörte sogar jene formellen und zerbrechlichen Garantien, die auf dem Kontinent geblieben waren, und zeigte, dass gegenseitige Verein-

barungen nichts wert sind. Gerade das Münchner Abkommen diente als Auslöser, nach dem ein großer Krieg in Europa unvermeidlich wurde.

Heute möchten europäische Politiker, vor allem polnische Spitzenpolitiker, München „verschweigen“. Warum? Nicht nur deswegen, weil ihre Länder damals ihre Verpflichtungen verraten haben und das Münchner Komplott unterstützten, wobei einige sogar an der Teilung der Beute teilnahmen, sondern auch weil es unangenehm ist, sich daran zu erinnern, dass sich nur die UdSSR an jenen dramatischen Tagen für die Tschechoslowakei eingesetzt hat.

Die Sowjetunion versuchte auf der Basis ihrer internationalen Verpflichtungen eine Tragödie zu verhindern, und zwar auch in bezug auf die Abkommen mit Frankreich und der Tschechoslowakei. Polen hat hingegen, seine Interessen verfolgend, mit allen Kräften die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa verhindert. Am 19. September 1938 hat der polnische Außenminister Jozef Beck dem bereits erwähnten Botschafter Jozef Lipski vor seinem Treffen mit Hitler unmittelbar darüber geschrieben: „...Im Laufe des vergangenen Jahres hat die polnische Regierung viermal das Angebot abgelehnt, sich der internationalen Einmischung zum Schutz der Tschechoslowakei anzuschließen.“

Großbritannien und Frankreich, das damals der wichtigste Verbündete der Tschechen und Slowaken war, entschieden sich dafür, auf ihre Garantien zu verzichten und dieses osteuropäische Land zum Zerreißen vorzuwerfen. Nicht nur vorzuwerfen, sondern die Bestrebungen der Nazis in den Osten zu lenken, mit dem Ziel, dass Deutschland und die Sowjetunion unvermeidlich aufeinanderstoßen und einander ausbluten könnten.

Gerade darin bestand die westliche Politik der „Befriedung“. Und nicht nur in Bezug auf das Dritte Reich, sondern auch auf andere Teilnehmer des sogenannten Antikomintern-Pakts – das faschistische Italien und das militaristische Japan. Ihr Höhepunkt im Fernen Osten war das anglo-japanische Abkommen vom Sommer 1939, das Tokio Handlungsfreiheit in China gewährte. Die führenden europäischen Mächte wollten nicht zugeben, welche tödliche Gefahr für die Welt von Deutschland und seinen Verbündeten ausging, und rechneten damit, dass der Krieg an ihnen vorbeigehen würde.

Das Münchner Komplott zeigte der Sowjetunion, dass die westlichen Länder Sicherheitsfragen lösen werden, ohne Rücksicht auf die sowjetischen Interessen zu nehmen und bei passender Gelegenheit eine anti-sowjetische Front bilden könnten.

Gleichzeitig versuchte die Sowjetunion bis zur letzten Möglichkeit, jede Chance zu nutzen, um eine Anti-Hitler-Koalition zu bilden, ich wiederhole, trotz der doppelzüngigen Position der westlichen Länder. So erhielt die sowjetische Führung über Geheimdienste im Sommer 1939 eingehende Informationen über die englisch-deutschen Kontakte hinter den Kulissen. Ich mache darauf aufmerksam, dass sie durchaus intensiv erfolgten, wobei praktisch gleichzeitig die westlichen Partner im Gegenteil die trilateralen Verhandlungen von Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der UdSSR bewusst verzögerten. Ich werde in diesem Zusammenhang ein Dokument aus den britischen Archiven zitieren – das ist eine Anweisung der britischen Militärmission, die im August 1939 nach Moskau kam. Darin wird direkt gesagt, dass die Delegation „die Verhandlungen sehr langsam führen muss“; dass „die Regierung des Vereinigten Königreichs nicht bereit ist, die im Detail vorgeschriebenen Verpflichtungen zu übernehmen, die unsere Handlungsfreiheit unter irgendwelchen Umständen einschränken könnten.“ Ich möchte auch betonen, dass die sowjetische Delegation im Unterschied zu den Briten und Franzosen die obersten Führer der Roten Armee geleitet hatten, die über alle notwendigen Befugnisse verfügten, um „eine Militärkonvention zu Fragen der Organisation der militärischen Verteidigung Englands, Frankreichs und der UdSSR gegen die Aggression in Europa zu unterzeichnen.“

Seine Rolle beim Scheitern der Verhandlungen spielte Polen, das keine Verpflichtungen gegenüber der sowjetischen Seite übernehmen wollte. Selbst unter dem Druck der westlichen Verbündeten lehnte die polnische Führung ein gemeinsames Vorgehen mit der Roten Armee beim Widerstand gegen die Wehrmacht ab. Und erst als bekannt wurde, dass Ribbentrop nach Moskau gekommen war, benachrichtigte Beck widerwillig, nicht direkt, sondern durch französische Diplomaten die sowjetische Seite: Im Falle gemeinsamer Aktionen gegen die deutsche Aggression sei eine Zusammenarbeit zwischen Polen und der UdSSR, unter den technischen Bedingungen, die festgelegt werden müssten, nicht ausgeschlossen. Zugleich erläuterte er seinen Kollegen: „Ich bin nicht gegen diese Formulierung nur, wenn sie dem Zweck dient, die Taktik zu erleichtern. Unsere grundsätzliche Haltung gegenüber der UdSSR ist aber endgültig und bleibt unverändert.“

In der entstandenen Situation unterzeichnete die Sowjetunion den Nichtangriffspakt mit Deutschland und tat dies faktisch als letztes der europäischen Länder, und das vor dem Hintergrund der realen Gefahr, mit einem Zweifrontenkrieg konfrontiert zu werden – mit Deutschland im Westen und mit Japan im Osten, wo bereits intensive Kämpfe am Fluss Chalcha stattfanden.

Stalin und sein Umfeld verdienen viele gerechte Vorwürfe. Wir erinnern uns an die Verbrechen des Regimes gegen das eigene Volk und an die Entsetzlichkeit der Massenrepressionen. Ich wiederhole, man

kann den sowjetischen Führern vieles vorwerfen, aber nicht das, dass es ihnen an Verständnis für den Charakter der äußeren Bedrohungen mangelte. Sie sahen, dass man versuchte, die Sowjetunion allein mit Deutschland und seinen Verbündeten zu lassen. Sie handelten, diese reale Gefahr erkennend, um wertvolle Zeit für die Festigung der Verteidigung des Landes zu gewinnen.

In Bezug auf den damals geschlossenen Nichtangriffspakt gibt es jetzt viel Gerede und Beanstandungen gegenüber dem jetzigen Russland. Ja, Russland ist der Nachfolgestaat der UdSSR, und die sowjetische Periode mit all ihren Triumphphen und Tragödien ist ein untrennbarer Bestandteil unserer tausendjährigen Geschichte. Ich erinnere aber auch daran, dass die Sowjetunion dem sogenannten Molotow-Ribbentrop-Pakt eine rechtliche und moralische Bewertung gegeben hat. In der Verordnung des Obersten Sowjets vom 24. Dezember 1989 wurden die Geheimprotokolle als „Akt der persönlichen Macht“ offiziell verurteilt, der in keiner Weise „den Willen des sowjetischen Volkes, das nicht für diese Absprache verantwortlich ist, widerspiegelt.“

Dennoch bevorzugen andere Staaten, sich nicht an die Abkommen zu erinnern, unter denen die Unterschriften von Nazis und westlichen Politikern stehen. Nicht vergessen ist dabei auch die rechtliche oder politische Bewertung dieser Zusammenarbeit, darunter auch der stillschweigenden Kompromissbereitschaft einiger europäischer Politiker mit den barbarischen Plänen der Nazis bis zu ihrer direkten Förderung. Der zynische Satz des polnischen Botschafters in Deutschland, Jozef Lipski, den er beim Gespräch mit Hitler am 20. September 1938 sagte, spricht Bände: „... Für die Lösung der jüdischen Frage werden wir [Polen] ihm... ein schönes Denkmal in Warschau aufstellen.“

Wir wissen auch nicht, ob es irgendwelche „geheime Protokolle“ und Anhänge zu den Vereinbarungen einiger Länder mit den Nazis gab. Es bleibt nur, aufs Wort zu glauben. Unter anderem sind Materialien über geheime anglo-deutsche Gespräche bis heute nicht freigegeben worden. Daher rufen wir alle Staaten dazu auf, den Prozess der Öffnung ihrer Archive, die Veröffentlichung bisher unbekannter Dokumente aus der Vorkriegs- und Kriegszeit zu intensivieren – so, wie es Russland in den vergangenen Jahren getan hat. Wir sind hier zu einer breiten Zusammenarbeit, zu gemeinsamen Forschungsprojekten von Historikern bereit.

Aber kehren wir zu den Ereignissen zurück, die dem Zweiten Weltkrieg unmittelbar vorausgingen. Es war naiv zu glauben, dass Hitler keine weiteren territorialen Ansprüche erheben würde, nachdem er mit der Tschechoslowakei fertig war. Diesmal gegenüber seinem jüngsten Komplizen bei der Teilung der Tschechoslowakei – Polen. Als Anlass diente hier übrigens auch das Erbe von Versailles – das Schicksal des so genannten Danziger Korridors. Die darauffolgende Tragödie Polens liegt voll und ganz auf dem Gewissen der damaligen polnischen Führung, die die Bildung des Militärbündnisses zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion verhinderte, sich auf die Hilfe der westlichen Partner verließ und sein Volk unter die Walze der Hitler-Zerstörungsmaschine stellte.

Die deutsche Offensive entwickelte sich in voller Übereinstimmung mit der Blitzkrieg-Doktrin. Trotz des erbitterten, heroischen Widerstandes der polnischen Armee standen die deutschen Truppen bereits eine Woche nach Kriegsbeginn, am 8. September 1939, kurz vor Warschau. Und die militärpolitische Spitze Polens flüchtete bis zum 17. September auf das Territorium Rumäniens und verriet ihr Volk, das den Kampf gegen die Eindringlinge fortsetzte.

Die westlichen Verbündeten haben die polnischen Erwartungen nicht erfüllt. Nachdem Deutschland den Krieg erklärt hatte, rückten die französischen Truppen nur einige Dutzend Kilometer tief in deutsches Territorium vor. All dies sah nur wie eine Demonstration aktiver Handlungen aus. Außerdem beschloss der britisch-französische Oberste Militärtrat, der erstmals am 12. September 1939 im französischen Abville zusammentraf, die Offensive wegen der schnellen Entwicklung der Ereignisse in Polen völlig einzustellen. Es begann der so genannte „Sitzkrieg“. Ein direkter Verrat Frankreichs und Englands an ihren Verpflichtungen gegenüber Polen ist nicht zu übersehen.

Später haben die deutschen Generäle im Laufe der Nürnberger Prozesse ihre schnellen Erfolge im Osten folgendermaßen erklärt. Der ehemalige Chef des Wehrmachtführungsstabes im Oberkommando der Wehrmacht, Alfred Jodl, gab zu, dass die Nazis eine Niederlage bereits 1939 nur deshalb nicht erlitten hätten, weil rund 110 französische und englische Divisionen, denen während des deutschen Krieges gegen Polen 23 Wehrmachtdivisionen gegenüberstanden hätten, völlig untätig gewesen seien.

Ich habe darum gebeten, die ganze Reihe von Materialien, die mit den Kontakten der UdSSR und Deutschlands in den dramatischen Tagen im August und September 1939 verbunden sind, in den Archiven zugänglich zu machen. Wie aus den Dokumenten hervorgeht, legte Punkt 2 des Geheimprotokolls zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR vom 23. August 1939 fest, dass die Grenze der Interessenbereiche der beiden Länder im Falle der territorialpolitischen Neuordnung der Gebiete, die Teil des Polnischen Staates sind, „ungefähr über die Linien der Flüsse Narew, Weichsel und Sana verlaufen sollte“. Mit anderen Worten, umfasste die sowjetische Einflusszone demnach nicht nur Gebiete, wo mehrheitlich die ukrainische und weißrussische Bevölkerung ansässig war, aber auch historische polnische Ländereien zwischen dem Bug und der Weichsel.

Von dieser Tatsache wissen bis jetzt bei Weitem nicht alle. Wie auch davon, dass Berlin unmittelbar nach dem Angriff auf Polen in den ersten Septembertagen 1939 Moskau beharrlich und mehrmals dazu aufgefordert hatte, sich den Kriegshandlungen anzuschließen. Die sowjetische Führung ignorierte aber diese Aufforderungen und wollte bis zur letzten Möglichkeit nicht in die sich dramatisch entwickelnden Ereignisse hineingezogen werden.

Erst als endgültig klar wurde, dass Großbritannien und Frankreich nicht anstrebten, ihren Verbündeten zu helfen, und die Wehrmacht dazu fähig war, schnell ganz Polen zu besetzen und sich tatsächlich Minsk zu nähern, wurde beschlossen, am Morgen des 17. September, Truppen der Roten Armee in die sogenannten östlichen Kresy zu verlegen – jetzt sind es Teile des Territoriums von Weißrussland, der Ukraine und Litauen.

Offensichtlich gab es keine anderen Optionen. Andernfalls hätten die Risiken für die UdSSR mehrfach zugenommen, da, ich wiederhole, die alte sowjetische Grenze nur ein paar Dutzend Kilometer von Minsk entfernt verlief, und der unvermeidliche Krieg gegen die Nazis für das Land von äußerst ungünstigen strategischen Stellungen begonnen hätte. Und Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten, darunter Juden, die bei Brest und Grodno, Przemysł, Lwiw und Wilna lebten, würden den Nazis und ihren örtlichen Schergen – den Antisemiten und den radikalen Nationalisten – zur Vernichtung vorgeworfen.

Gerade die Tatsache, dass die Sowjetunion bis zur letzten Gelegenheit versuchte, die Teilnahme an dem sich entflammenden Konflikt zu vermeiden und nicht auf der Seite Deutschlands spielen wollte, führte dazu, dass die reale Berührung der sowjetischen und deutschen Truppen viel östlicher, als der im Geheimprotokoll festgelegten Grenzen erfolgte. Nicht über die Weichsel, sondern über die sogenannte Curzon-Linie, die noch 1919 von der Entente als östliche Grenze Polens empfohlen worden war.

Wie bekannt, ist der Konjunktiv gegenüber den bereits geschehenen Ereignissen schwierig anzuwenden. Ich werde nur sagen, dass die sowjetische Führung im September 1939 die Möglichkeit hatte, die Westgrenze der UdSSR noch weiter nach Westen, bis nach Warschau zu verschieben, beschloss aber, dies nicht zu tun.

Die Deutschen schlugen vor, einen neuen Status-quo zu fixieren. Am 28. September 1939 unterzeichneten in Moskau Ribbentrop und Molotow den Vertrag über Freundschaft und die Grenze zwischen der UdSSR und Deutschland, sowie das Geheimprotokoll über die Änderung der Staatsgrenze. Als solche galt die Demarkationslinie, wo de-facto die beiden Armeen standen.

Ihre militärisch-strategischen und defensiven Aufgaben lösend, begann die Sowjetunion im Herbst 1939 mit der Inkorporation Lettlands, Litauens und Estlands. Ihr Beitritt zur UdSSR erfolgte auf vertraglicher Basis, mit Zustimmung der gewählten Behörden. Dies entsprach den Normen des Völker – und Staatsrechts der damaligen Zeit. Darüber hinaus wurden die Stadt Wilna und das angrenzende Gebiet, die früher Teil Polens waren, im Oktober 1939 an Litauen zurückgegeben. Die baltischen Republiken behielten im Bestand der UdSSR ihre Behörden sowie Sprache bei und waren in den obersten sowjetischen Staatsstrukturen vertreten.

In all diesen Monaten hörte der für ein fremdes Auge unsichtbare diplomatische und militärisch-politische Kampf, die Arbeit der Geheimdienste, nicht auf. Für Moskau war es klar, dass sich vor ihm ein unversöhnlicher und grausamer Feind befand und dass der verborgene Krieg gegen den Nazismus bereits im Gang war. Es gibt keinen Grund, offizielle Erklärungen, die damaligen formellen Noten als einen Beweis der „Freundschaft“ zwischen der UdSSR und Deutschland zu betrachten. Die UdSSR pflegte aktive Handels- und technische Kontakte nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit anderen Ländern. Dabei versuchte Hitler immer wieder, die UdSSR in die Konfrontation mit Großbritannien hineinzuziehen. Die sowjetische Führung ließ sich aber nicht dafür gewinnen.

Den letzten Versuch, die Sowjetunion zum gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, unternahm Hitler während des Besuchs von Molotow im November 1940 in Berlin. Molotow befolgte aber exakt die Anweisungen von Stalin und beschränkte sich auf allgemeine Gespräche über die Idee der Deutschen in Bezug auf den Beitritt der UdSSR zum Dreimächtepakt – dem Bündnis von Deutschland, Italien und Japan, das im September 1940 unterzeichnet wurde und gegen Großbritannien und die USA gerichtet war. Es ist nicht zufällig, dass Molotow bereits am 17. November den bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in London, Iwan Majskij, wie folgt anleitete: „Für Ihre Orientierung ... wurde in Berlin kein Vertrag unterzeichnet und man hat nicht beabsichtigt, dies zu tun. Die Sache in Berlin hat sich auf den Meinungs austausch beschränkt ... Die Deutschen und die Japaner wollen uns offenbar sehr in Richtung Golf und Indien drängen. Wir haben die Diskussion über diese Frage abgelehnt, weil wir solche Ratschläge seitens Deutschlands für unangemessen halten.“ Am 25. November zog die sowjetische Führung gar einen Strich darunter: Sie stellte Berlin offiziell für die Nazis unannehmbare Bedingungen, einschließlich des Abzugs der deutschen Truppen aus Finnland, des Vertrages über gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR und Bulgarien, und eine Reihe anderer. Damit schloss sie bewusst jede Möglichkeit für sich aus, dem Pakt beizutreten. Diese Position stärkte den Führer endgültig in seiner Absicht, einen Krieg gegen die UdSSR zu entfesseln. Und bereits im Dezember schob Hitler alle Warnungen seiner Strategen vor der katastrophalen

Gefahr eines Zweifrontenkrieges beiseite und genehmigte den Plan „Barbarossa“. Er tat dies mit dem Wissen, dass gerade die Sowjetunion die Hauptstärke war, die ihm in Europa gegenüberstand, und dass der bevorstehende Kampf im Osten den Ausgang des Weltkriegs bestimmen würde. Er war sich darin sicher, dass der Feldzug nach Moskau kurz und erfolgreich sein würde.

Ich möchte besonders betonen, dass die westlichen Länder damals den sowjetischen Handlungen faktisch zustimmten und das Streben der Sowjetunion, ihre Sicherheit zu gewährleisten, anerkannten. Bereits am 1. Oktober 1939 sagte Winston Churchill, damals noch der Erste Lord der britischen Admiralität, im Rundfunk Folgendes: „Russland betreibt eine kalte Politik der eigenen Interessen ... Für den Schutz Russlands vor nazistischer Gefahr brauchte es offensichtlich, dass die russischen Armeen an dieser Linie [der neuen westlichen Grenze] stehen.“ Am 4. Oktober 1939 sagte der britische Außenminister Earl Halifax im House of Lords, man müsse daran erinnern, dass das Vorgehen der sowjetischen Regierung darin bestanden habe, die Grenze im Grunde genommen bis zu der Linie zu verschieben, die während der Versailler Konferenz von Lord Curzon empfohlen worden sei... „Ich führe nur historische Fakten an und glaube, dass diese unbestreitbar sind“, so Halifax. Der bekannte britische Politiker und Staatsmann David Lloyd George betonte: „Die russischen Armeen besetzten Territorien, die nicht zu Polen gehören und die Polen nach dem Ersten Weltkrieg gewaltsam besetzt hatte... Es wäre ein Akt von verbrecherischem Wahnsinn, das russische Vorrücken auf ein Brett mit dem Vorrücken der Deutschen zu setzen.“

Bei informellen Gesprächen mit dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion Majskij redeten hochrangige englische Politiker und Diplomaten offener. Im Oktober 1939 teilte der damalige britische Vize-Außenminister, R. Butler, mit, dass in englischen Regierungskreisen die Meinung vertreten werde, dass von der Rückgabe der West-Ukraine und Weißrusslands an Polen keine Rede sein könne. Wenn es gelungen wäre, ein ethnographisches Polen von bescheidener Größe, mit einer Garantie nicht nur der UdSSR und Deutschlands, sondern auch Englands und Frankreichs zu gründen, würde die britische Regierung sich als sehr zufriedengestellt betrachten, so der Diplomat. Am 27. Oktober 1939 sagte einer der wichtigsten Berater Chamberlains, H. Wilson: „Polen ist ... als eigenständiger Staat auf seiner ethnographischen Basis wiederherzustellen, jedoch ohne die West-Ukraine und Weißrussland.“

Erwähnenswert ist, dass während dieses Gesprächs ein Versuchsballon für die Verbesserung der sowjetisch-britischen Beziehungen lanciert wurde. Diese Kontakte legten in vieler Hinsicht den Grundstein für die künftige Anti-Hitler-Koalition. Unter den verantwortlichen weitsichtigen Politikern zeichnete sich W. Churchill ab, der trotz der bekannten Antipathie gegenüber der UdSSR auch früher für eine Zusammenarbeit mit ihr plädierte. Noch im Mai 1939 sagte er im Haus der Gemeinen: „Wir werden in eine tödliche Gefahr geraten, wenn wir kein großes Bündnis gegen die Aggression werden aufbauen können. Es wäre die größte Dummheit, wenn wir die natürliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland ablehnen würden.“ Und schon nach Beginn der Kampfhandlungen in Europa – bei dem Treffen mit I. Majskij am 6. Oktober 1939 – sagte er vertraulich: „... Zwischen Großbritannien und der UdSSR gibt es keine großen Widersprüche, und daher gibt es keinen Grund für angespannte und unbefriedigende Beziehungen. Die britische Regierung... möchte die Handelsbeziehungen ausbauen... Sie würde auch bereit sein, alle anderen Maßnahmen zu diskutieren, die zur Verbesserung der Beziehungen beitragen könnten.“

Der Zweite Weltkrieg brach nicht von heute auf morgen aus, er begann nicht unerwartet, nicht plötzlich. Und die deutsche Aggression gegen Polen war auch nicht unerwartet. Es ist das Ergebnis vieler Tendenzen und Faktoren in der Weltpolitik jener Zeit. Alle Vorkriegsereignisse reihten sich in eine schicksalhafte Kette ein. Aber das Wichtigste, was die größte Tragödie in der Geschichte der Menschheit vorbestimmte, war natürlich der staatliche Egoismus, die Feigheit, die Nachsicht gegenüber einem Aggressor, der an Stärke gewann, und die Nichtbereitschaft der politischen Eliten, einen Kompromiss zu suchen.

Daher ist es ungerecht zu behaupten, dass der zweitägige Besuch des Nazi-Außenministers Ribbentrop in Moskau der zentrale Grund sei, der zum Zweiten Weltkrieg geführt hat. Alle führenden Länder haben seinen Ausbruch in dem einen oder anderem Maße zu verantworten. Jedes von denen hat in selbstgefälliger Zuversicht Fehler begangen, die nicht wieder gutzumachen waren, nämlich dass man andere überlisten, einseitige Vorteile für sich gewinnen und dem heranrückenden globalen Unheil ausweichen kann. Für diese Kurzsichtigkeit, für den Verzicht auf die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit mussten Millionen Menschen mit ihrem Leben und riesigen Verlusten zahlen.

Ich schreibe das ohne die geringste Absicht, die Rolle eines Richters zu übernehmen, jemanden zu beschuldigen oder zu rechtfertigen oder gar eine neue Runde der internationalen Informationskonfrontation im historischen Bereich loszutreten, die Staaten und Völker gegeneinander aufbringen kann. Ich bin der Meinung, dass die Suche nach ausgewogenen Bewertungen vergangener Ereignisse der akademischen Wissenschaft mit einer breiten Vertretung namhafter Forscher überlassen werden sollte. Wir alle brauchen Wahrheit und Objektivität. Ich persönlich habe meine Kollegen immer zu einem ruhigen, offenen und vertrauensvollen Dialog aufgefordert, zu einem selbstkritischen und unvoreingenommenen Blick auf die gemeinsame Vergangenheit. Ein solcher Ansatz wird es uns ermöglichen, die damals begangenen

Fehler nicht mehr zu wiederholen und eine friedliche und erfolgreiche Entwicklung für die kommenden vielen Jahre sicherzustellen.

Viele unserer Partner sind jedoch noch nicht bereit, zusammenzuarbeiten. Im Gegenteil, um ihre Ziele zu erreichen, erhöhen sie die Anzahl und das Ausmaß der Informationsangriffe gegen unser Land, wollen es dazu bringen, dass es sich rechtfertigt und schuldig fühlt; sie verabschieden durch und durch scheinheilige politisierte Resolutionen. So wurde in der am 19. September 2019 vom Europäischen Parlament gebilligten Entschließung zur „Erhaltung des historischen Gedächtnisses für die Zukunft Europas“ die UdSSR zusammen mit Nazideutschland direkt beschuldigt, den Zweiten Weltkrieg entfesselt zu haben. Es fehlte natürlich jegliche Erwähnung von München.

Ich glaube, dass derartige „Papiere“ – ich kann diese Resolution nicht als Dokument bezeichnen – offenbar Skandale bezwecken und reale Gefahren in sich bergen. Immerhin wurde sie von einem sehr angesehenen Organ verabschiedet. Und was hat dieses damit demonstriert? So traurig es auch klingen mag: eine bewusste Politik der Zerstörung der Nachkriegsweltordnung, deren Schaffung eine Frage der Ehre und Verantwortung für die Länder war, von denen einige Vertreter heute für diese verlogene Resolution gestimmt haben. Und damit erheben sie die Hand gegen die Schlüsse des Nürnberger Tribunals und die Bemühungen der Weltgemeinschaft, welche nach dem Sieg von 1945 universelle internationale Institutionen schuf. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass selbst der Prozess der europäischen Integration, bei dem die entsprechenden Strukturen einschließlich des Europäischen Parlaments geschaffen wurden, nur dank den Lehren aus der Vergangenheit, ihrer klaren rechtlichen und politischen Einschätzung möglich wurde. Und diejenigen, die diesen Konsens bewusst in Frage stellen, zerstören die Grundlagen des Nachkriegseuropas.

Neben der Bedrohung für die Grundprinzipien der Weltordnung gibt es auch eine moralische Seite. Spott und Hohn gegenüber dem Gedenken – das ist eine Gemeinheit. Eine Gemeinheit kann absichtlich, scheinheilig und völlig bewusst sein, wenn in den Erklärungen zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs alle Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition aufgelistet werden – außer der UdSSR. Eine Gemeinheit kann feige sein, wenn Denkmäler abgerissen werden, die zu Ehren der Kämpfer gegen den Nationalsozialismus errichtet wurden, während dieses beschämende Verhalten mit verlogenen Kampfparolen gegen eine unliebsame Ideologie und eine angebliche Besetzung gerechtfertigt wird. Eine Gemeinheit kann auch blutig sein, wenn diejenigen, die sich gegen Neonazis und die Nachfahren von Bandera einsetzen, getötet und verbrannt werden. Ich wiederhole: Eine Gemeinheit manifestiert sich auf verschiedene Weise, deswegen hört sie aber nicht auf, ekelhaft zu sein.

Das Vergessen der Lehren aus der Geschichte wird unweigerlich hart bestraft. Wir werden die Wahrheit auf der Grundlage dokumentierter historischer Fakten entschlossen verteidigen und auch weiterhin ehrlich und unparteiisch über die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs sprechen. Diesem Ziel soll auch ein russisches Großprojekt zur Schaffung der größten Sammlung von Archivadokumenten, Film- und Fotomaterialien über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Vorkriegszeit dienen.

Diese Arbeit ist bereits im Gange. Bei der Vorbereitung dieses Artikels habe ich auch viele neue, kürzlich gefundene und freigegebene Materialien verwendet. Und aus diesem Grund kann ich mit voller Verantwortung sagen, dass es keine Archivadokumente gibt, welche die Version über die Absicht der UdSSR bestätigen würden, einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu entfesseln. Ja, die sowjetische Militärführung hielt sich an die Doktrin, dass die Rote Armee im Falle einer Aggression den Feind schnell abwehren, in die Offensive gehen und den Krieg auf feindlichem Gebiet weiterführen soll. Solche strategische Pläne bedeuteten jedoch keineswegs die Absicht, Deutschland zuerst anzugreifen.

Natürlich verfügen die Historiker heute über Dokumente der Militärplanung, die Richtlinien sowjetischer und deutscher Militärstäbe. Schließlich wissen wir, wie sich die Ereignisse in der Tat entwickelt haben. Von der Höhe dieses Wissens aus sprechen viele über das Vorgehen, die Fehler und Fehleinschätzungen der militärpolitischen Führung des Landes. In diesem Zusammenhang möchte ich eines sagen: Neben einer Riesenflut an Desinformationen verschiedener Art erhielten die sowjetischen Spitzenpolitiker auch wahrhaftige Informationen über die bevorstehende Aggression der Nazis. In den Vorkriegsmonaten unternahmen sie also Schritte, um die Kampfbereitschaft des Landes zu erhöhen, darunter auch die heimliche Einberufung eines Teils der Wehrpflichtigen zu Übungen und die Verlegung von Formationen und Reserven näher an die Westgrenze.

Der Krieg kam nicht plötzlich: Man erwartete ihn und bereitete sich darauf vor. Aber der Schlag der Nazis hatte in der Tat eine noch nie gesehene zerstörerische Kraft. Am 22. Juni 1941 war die Sowjetunion mit der mächtigsten, am stärksten mobilisierten sowie ausgebildeten Armee der Welt konfrontiert, der das industrielle, wirtschaftliche und militärische Potenzial von ganz Europa zur Verfügung stand. An dieser tödlichen Invasion nahmen nicht nur die Wehrmacht, sondern auch die Satellitenstaaten Deutschlands, die Militärkontingente vieler anderer Länder des europäischen Kontinents teil.

Die schwersten militärischen Niederlagen von 1941 brachten das Land an den Rand einer Katastrophe. Die Kampfbereitschaft und die Kontrolle mussten durch außergewöhnliche Methoden wiederhergestellt

werden, durch die allgemeine Mobilisierung und durch die Anstrengung aller Kräfte des Staates und des Volkes. Bereits im Sommer 1941 begann unter dem Beschuss des Feindes die Evakuierung von Millionen von Bürgern, Hunderten von Fabriken und Industrien in den Osten des Landes. In kürzester Zeit wurde im Hinterland die Produktion von Waffen und Munition in die Wege geleitet; diese trafen bereits im ersten Kriegswinter an der Front ein, und bis zum Jahr 1943 wurde die Kriegsproduktion Deutschlands und seiner Verbündeten überholt. Innerhalb von eineinhalb Jahren vollbrachten die sowjetischen Menschen etwas, was als unmöglich erschien, sowohl an der Front wie auch in der Etappe. Und es ist immer noch schwer zu erkennen, zu verstehen und sich vorzustellen, welche unglaublichen Anstrengungen, Mut und Hingabe diese großen Erfolge erforderten.

Gegen die mächtige, bis an die Zähne bewaffnete, kaltblütige und aggressive Nazi-Maschinerie erhob sich die gigantische Kraft der sowjetischen Gesellschaft, vereint durch den Wunsch, ihr Heimatland zu schützen, sich am Feind zu rächen, der das friedliche Leben, Pläne und Hoffnungen zerbrach und zerschmetterte.

Natürlich überkamen manche Menschen während dieses schrecklichen, blutigen Krieges Angst, Verwirrung und Verzweiflung. Es gab Verrat und Fahnenflucht. Die brutalen Risse, die durch die Revolution und den Bürgerkrieg entstanden waren, sowie der Nihilismus, die spöttische Haltung gegenüber der nationalen Geschichte, den Traditionen und dem Glauben – all dies, was die Bolschewiki durchzusetzen versuchten – machte sich besonders in den ersten Jahren nach ihrer Machtübernahme bemerkbar. Aber die allgemeine Haltung der sowjetischen Bürger und unserer Landsleute, die sich im Ausland befanden, war anders – es ging ihnen um die Rettung und Bewahrung ihrer Heimat. Es war ein echter, unaufhaltsamer Impuls. Die Menschen versuchten, in wahren patriotischen Werten ihre Stütze zu finden.

Die „Strategen“ der Nazis waren überzeugt, dass ein riesiger multinationaler Staat leicht zerschlagen werden könnte. Man rechnete damit, dass der unerwartete Krieg, seine Unbarmherzigkeit und die dadurch entstandene unerträgliche Last die interethnischen Beziehungen zwangsläufig zuspitzen würden, und dass man auf diese Weise das Land werde leicht zerstückeln können. Hitler erklärte auch unverblümt, dass die deutsche Politik gegenüber den Völkern, die in den Weiten Russlands lebten, darin bestehen sollte, dort jede Form von Zwietracht und Spaltung zu säen.

Aber vom ersten Tag an wurde klar, dass der Plan der Nazis gescheitert war. Die Festung Brest wurde von Soldaten von mehr als dreißig Ethnien bis zum letzten Blutstropfen verteidigt. Im Laufe des gesamten Krieges – sowohl in großen entscheidenden Schlachten als auch bei der Verteidigung jedes Brückenkopfes, jedes Meters des Heimatlandes – sehen wir Beispiele für diese Einheit.

Für Millionen von Evakuierten wurden die Wolga-Region und der Ural, Sibirien und Fernost, die Republiken Zentralasiens und des Kaukasus zu ihrer Heimat. Ihre Bewohner teilten sich alles, was sie noch hatten, und unterstützten sich gegenseitig, wie sie nur konnten. Die Freundschaft der Völker und deren gegenseitige Unterstützung wurde für den Feind zu einer echten unzerstörbaren Festung.

Den grundlegenden und entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Nationalsozialismus leisteten die Sowjetunion und die Rote Armee – egal was man zu beweisen versucht. Die Helden, die bis zum Ende kämpften, eingekesselt bei Bialystok und Mogilev, Uman und Kiew, Wjasma und Charkow. Sie gingen in die Offensive in der Nähe von Moskau und Stalingrad, Sewastopol und Odessa, Kursk und Smolensk. Sie befreiten Warschau, Belgrad, Wien und Prag. Sie stürmten Königsberg und Berlin.

Wir setzen uns für die wirkliche, nicht geglättete oder lackierte Wahrheit über den Krieg ein. Diese volkstümliche, menschliche Wahrheit – hart, bitter und gnadenlos – wurde uns größtenteils von Schriftstellern und Dichtern vermittelt, die durch das Feuer und die Hölle der Front gingen. Für mich, wie auch für andere Generationen, hinterließen ihre ehrlichen und tiefen Geschichten, ihre Romane, ihre durchdringende „Leutnant-Prosa“ und die Gedichte für immer eine Spur in der Seele, sie wurden zu einem Testament, das uns sagte, die Veteranen zu ehren, die für den Sieg alles in ihrer Macht Stehende getan haben, und uns an diejenigen erinnern, die auf den Schlachtfeldern gefallen sind.

Noch heute sind die einfachen und großartigen Zeilen von Alexander Twardowskis Gedicht „Ich wurde bei Rschew getötet ...“ – einem Gedicht, das den Teilnehmern der blutigen und brutalen Schlacht des Großen Vaterländischen Krieges im zentralen Teil der sowjetisch-deutschen Front gewidmet ist – einfach erschütternd. Allein bei den Kämpfen um die Stadt Rschew und den Frontvorsprung von Rschew vom Oktober 1941 bis März 1943 verlor die Rote Armee einschließlich der Verwundeten und Vermissten 1.342.888 Menschen. Ich nenne diese beängstigenden, tragischen, noch unvollständigen und aus Archivquellen stammenden Zahlen zum ersten Mal, als Hommage an die Leistung der bekannten sowie der namenlosen Helden, von denen in den Nachkriegsjahren aus verschiedenen Gründen ungerecht, wenig oder gar nicht gesprochen wurde.

Ich möchte ein weiteres Dokument vorbringen. Es ist der Bericht der Internationalen Kommission für deutsche Reparationen unter der Leitung von I. Maysky, der im Februar 1945 erstellt wurde. Aufgabe der Kommission war es, die Formel festzulegen, gemäß der das besiegte Deutschland die erlittenen Schäden der Siegermächte kompensieren sollte. Die Kommission kam zu folgendem Schluss: „Die Zahl der Solda-

tentage, die Deutschland an der sowjetischen Kriegsfrente verbracht hat, übersteigt die Zahl der Soldatentage an allen anderen alliierten Fronten um mindestens das Zehnfache. Die sowjetische Front vernichtete auch vier Fünftel der deutschen Panzer und etwa zwei Drittel der deutschen Flugzeuge.“ Insgesamt entfielen auf die UdSSR rund 75 Prozent aller militärischen Bemühungen der Anti-Hitler-Koalition. Zur Kriegszeit hatte die Rote Armee 626 Divisionen der Achsenmächte ‚aufgerieben‘, davon waren 508 deutsche.

Am 28. April 1942 erklärte Roosevelt in seiner Ansprache an die amerikanische Nation, dass die russischen Truppen mehr Soldaten, Flugzeuge, Panzer und Kanonen des gemeinsamen Feinds vernichtet hätten und weiter vernichten würden, als alle übrigen alliierten Nationen zusammengenommen. In seinem Schreiben vom 27. September 1944 an Stalin schrieb Churchill, dass es die russische Armee gewesen sei, die das Eingeweide der deutschen Militärmaschinerie herausgeschnitten habe.

Diese Einschätzung hatte weltweit Anklang gefunden. Denn diese Worte enthalten ebenjene große Wahrheit, die damals niemand in Frage stellte. Fast 27 Millionen Sowjetbürger starben an den Fronten in deutscher Gefangenschaft, an Hunger oder unter Bombenangriffen in den Ghettos und Öfen der Todeslager der Nazis. Die UdSSR verlor jeden siebten Bürger, Großbritannien jeden 127. und die USA jeden 320. Leider ist diese Zahl der schwersten, nicht wiedergutzumachenden Verluste der Sowjetunion nicht schlüssig. Es ist notwendig, die sorgfältige Arbeit fortzusetzen, um die Namen und das Schicksal aller Toten wiederherzustellen: Soldaten der Roten Armee, Partisanen, Untergrundarbeiter, Kriegsgefangene und Gefangene in Konzentrationslagern, von Strafbrigaden getötete Zivilisten. Es ist unsere Pflicht. Und hier kommt den Teilnehmern von Suchbewegungen, militärpatriotischen und freiwilligen Vereinigungen eine besondere Rolle zu. Und natürlich ist eine enge internationale Zusammenarbeit erforderlich, um dieses allgemeinhumanitäre Problem zu lösen.

Den Sieg brachten die Bemühungen aller Länder und Völker, die mit einem gemeinsamen Feind kämpften. Die britische Armee verteidigte ihre Heimat vor einer Invasion, kämpfte gegen die Nazis und deren Satellitenstaaten im Mittelmeer und in Nordafrika. Amerikanische und britische Truppen befreiten Italien und eröffneten die Zweite Front. Die Vereinigten Staaten versetzten dem Angreifer im Pazifik vernichtende Schläge. Wir erinnern uns an die kolossalen Opfer des chinesischen Volkes und ihre enorme Rolle bei der Zerschlagung der japanischen Militaristen. Vergessen wir nicht die Kämpfer von „La France libre“, die die beschämende Kapitulation nicht anerkannten und den Kampf gegen die Nazis fortsetzten.

Wir werden auch für die Hilfe stets dankbar sein, die die Alliierten der Roten Armee mit Munition, Rohstoffen, Verpflegung, Technik leisteten. Und das war eine beträchtliche Unterstützung, die ca. sieben Prozent der gesamten Kriegsproduktion der Sowjetunion ausmachte.

Der Kern der Anti-Hitler-Koalition nahm unmittelbar nach dem Angriff auf die Sowjetunion Gestalt an, als die Vereinigten Staaten und Großbritannien das Land im Kampf gegen Nazideutschland bedingungslos unterstützten. Während der Teheraner Konferenz von 1943 bildeten Stalin, Roosevelt und Churchill ein Bündnis von Großmächten, einigten sich auf die Entwicklung der Koalitionsdiplomatie und einer gemeinsamen Strategie im Kampf gegen die gemeinsame tödliche Bedrohung. Die Führer der Großen Troika hatten ein klares Verständnis davon, dass die Kombination der industriellen, ressourcenbezogenen und militärischen Potenziale der UdSSR, der USA und Großbritanniens ihnen eine unbestreitbare Überlegenheit gegenüber dem Feind verschaffen würde.

Die Sowjetunion kam ihren Verpflichtungen gegenüber den Alliierten vollumfänglich nach und half stets mit. So unterstützte die Rote Armee mit ihrer Großoperation „Bagration“ in Weißrussland die Landung angloamerikanischer Truppen in der Normandie. Im Januar 1945, als unsere Soldaten bis zur Oder durchbrachen, setzten sie der letzten mächtigen Offensive der Wehrmacht an der Westfront in den Ardennen ein Ende. Und drei Monate nach dem Sieg über Deutschland erklärte die UdSSR Japan den Krieg in voller Übereinstimmung mit den Abkommen von Jalta und besiegte die millionenstarke Kwantung-Armee.

Bereits im Juli 1941 erklärte die sowjetische Führung: „Der Zweck des Krieges gegen die faschistischen Unterdrücker ist nicht nur die Beseitigung der Bedrohung unseres Landes, sondern auch die Unterstützung aller Völker Europas, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen.“ Mitte 1944 wurde der Feind von nahezu dem gesamten sowjetischen Territorium vertrieben. Aber er musste in seiner eigenen Höhle erledigt werden. Und die Rote Armee begann eine Befreiungsmission in Europa, rettete ganze Nationen vor Zerstörung und Versklavung, vor dem Schrecken des Holocaust. Gerettet mit dem Preis von Hunderttausenden von Leben sowjetischer Soldaten.

Es ist auch wichtig, die enorme materielle Unterstützung nicht zu vergessen, die die UdSSR den befreiten Ländern bei der Beseitigung der Hungergefahr, bei der Wiederherstellung der Wirtschaft und der Infrastruktur geleistet hat. Sie tat dies zu einer Zeit, als Tausende Kilometer von Brest nach Moskau und bis zur Wolga mit Asche bedeckt waren. So bat beispielsweise die österreichische Regierung im Mai 1945 die UdSSR um Unterstützung bei der Nahrungsmittelversorgung, da sie „nicht wusste, wie sie ihre Bevölkerung in den nächsten sieben Wochen bis zur neuen Ernte ernähren sollte“. Die Zustimmung der sowjeti-

schen Führung, Lebensmittel an Österreich zu schicken, bezeichnete der Staatskanzler der Provisorischen Staatsregierung der Österreichischen Republik, K. Renner, als „ein Rettungsakt ...“, den „die Österreicher niemals vergessen werden“.

Die Alliierten gründeten gemeinsam das Internationale Militärgericht, das Kriegs- und politische Verbrecher Nazideutschlands bestrafen sollte. Seine Entscheidungen geben eine klare rechtliche Einschätzung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Völkermord, ethnische und religiöse Säuberungen, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Nürnberger Tribunal verurteilte direkt und eindeutig Nazi-Komplizen, Kollaborateure verschiedener Schattierungen.

Dieses beschämende Phänomen gab es in allen europäischen Ländern. Solche Figuren wie Pétain, Quisling, Wlasow, Bandera sowie ihre Handlanger und Anhänger sind Verräter und Henker, obwohl sie sich als Kämpfer für nationale Unabhängigkeit oder Freiheit vom Kommunismus verkleideten. In der Unmenschlichkeit übertrafen sie oft ihre Meister. In dem Versuch, sich die Gunst ihrer Anführer zu sichern, führten sie als Teil spezieller Strafgruppen die unmenschlichsten Aufgaben bereitwillig aus. Sie haben die Hinrichtung in Babi Yar, das Massaker von Wolhynien, das verbrannte Chatyn und die Vernichtung von Juden in Litauen und Lettland auf dem Gewissen.

Und heute bleibt unsere Position unverändert: Es kann für die kriminellen Taten von Nazi-Komplizen keine Rechtfertigung geben, diese haben keine Verjährungsfrist. Daher ist es verblüffend, wenn in einer Reihe von Ländern diejenigen, die sich durch die Zusammenarbeit mit den Nazis befleckt haben, plötzlich mit den Veteranen des Zweiten Weltkriegs gleichgesetzt werden. Ich halte es für unzulässig, Befreier und Besatzer gleichzusetzen. Und die Heroisierung der Nazi-Komplizen kann nur als Verrat am Gedenken an unsere Väter und Großväter angesehen werden. Der Verrat an jenen Idealen, die die Völker im Kampf gegen den Nationalsozialismus vereinten.

Damals standen die Führer der UdSSR, der USA und Großbritanniens vor einer historischen Aufgabe. Stalin, Roosevelt und Churchill vertraten Länder mit unterschiedlichen Ideologien, Bestrebungen, Interessen und Kulturen, zeigten jedoch großen politischen Willen, erhoben sich über die Widersprüche und Vorurteile und stellten die wahren Interessen der Welt in den Vordergrund. Infolgedessen konnten sie eine Einigung erzielen und eine Lösung finden, von der die gesamte Menschheit profitierte.

Die Siegermächte haben uns ein System hinterlassen, das zum Inbegriff der intellektuellen und politischen Suche mehrerer Jahrhunderte geworden ist. Eine Reihe von Konferenzen – die Konferenzen von Teheran, Jalta, San Francisco, Potsdam – legte den Grundstein dafür, dass die Welt trotz der akutesten Widersprüche seit 75 Jahren ohne globalen Krieg lebt.

Der historische Revisionismus, dessen Erscheinungen wir heute im Westen beobachten, und der vor allem das Thema des Zweiten Weltkrieges und dessen Ergebnisse betrifft, ist deshalb gefährlich, weil dadurch das Verständnis von den Grundsätzen einer friedlichen Entwicklung grob und zynisch verzerrt wird, die 1945 mit den Konferenzen von Jalta und San Francisco gestiftet wurden. Die wichtigste historische Erregungenschaft von Jalta und weiteren Beschlüssen aus jener Zeit liegt in der Einigung auf einen Mechanismus, der es den führenden Mächten ermöglichen könnte, bei allen zwischen ihnen auftretenden Meinungsverschiedenheiten doch im durch die Diplomatie vorgegebenen Rahmen zu bleiben.

Das 20. Jahrhundert brachte totale und allumfassende globale Konflikte mit sich, und 1945 kamen auch Atomwaffen ins Spiel, die die Erde physisch zerstören können. Mit anderen Worten ist die gewaltsame Beilegung von Streitigkeiten äußerst gefährlich geworden. Und die Sieger des Zweiten Weltkriegs haben das begriffen. Sie verstanden und erkannten ihre eigene Verantwortung gegenüber der Menschheit.

Die traurige Erfahrung des Völkerbundes wurde im Jahr 1945 berücksichtigt. Die Struktur des UN-Sicherheitsrates wurde so gestaltet, um die Friedensgarantien möglichst konkret und effektiv zu machen. So entstand das Institut der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und damit das Veto als ihr Privileg und ihre Verantwortung.

Was ist das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat? Um es ganz klar auszudrücken, das ist die einzig vernünftige Alternative zu einem direkten Zusammenstoß der größten Länder. Das ist eine Erklärung einer der fünf Großmächte, dass die eine oder die Lösung für sie nicht akzeptabel ist, dass sie ihren Interessen und Vorstellungen über die richtige Vorgehensweise widerspricht. Und andere Länder, auch wenn sie damit nicht einverstanden sind, fassen diese Position als selbstverständlich auf und geben die Versuche auf, ihre einseitigen Bestrebungen zu verwirklichen. Das heißt, auf die eine oder andere Weise, aber es müssen Kompromisse gesucht werden.

Eine neue globale Konfrontation begann fast unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und war zeitweise sehr heftig. Und die Tatsache, dass sich der Kalte Krieg nicht zum Dritten Weltkrieg auswuchs, bestätigte die Wirksamkeit der von der Großen Troika geschlossenen Abkommen. Die bei der Gründung der Vereinten Nationen vereinbarten Verhaltensregeln machten es möglich, die Risiken weiter zu minimieren und die Konfrontation unter Kontrolle zu halten.

Natürlich sehen wir, dass das UN-System mit Spannung arbeitet und nicht mehr so effizient, wie es das könnte. Die UNO erfüllt jedoch weiterhin ihre Kernfunktion. Die Prinzipien des UN-Sicherheitsrates sind ein einzigartiger Mechanismus zur Verhinderung eines großen Krieges oder eines globalen Konflikts.

Die Aufrufe, die in den letzten Jahren häufig zu hören sind, das Veto aufzuheben und den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates besondere Möglichkeiten zu entziehen, sind in Wirklichkeit unverantwortlich. Wenn dies geschehen würde, würden sich die Vereinten Nationen im Wesentlichen in ebenjenen Völkerbund verwandeln – ein Treffen für leere Gespräche, ohne Einflusshebel für die Weltprozesse. Wie das alles endete, ist ja bekannt. Deshalb machten sich die siegreichen Mächte mit äußerster Ernsthaftigkeit an die Bildung eines neuen Weltordnungssystems, um die Fehler ihrer Vorgänger nicht zu wiederholen.

Die Schaffung eines modernen Systems internationaler Beziehungen ist eines der wichtigsten Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs. Selbst die unvereinbarsten Widersprüche – geopolitische, ideologische, wirtschaftliche – beeinträchtigen nicht die Suche nach Formen von friedlichem Zusammenleben und friedlicher Interaktion, wenn es den Wunsch und den Willen dafür gibt. Heute erlebt die Welt nicht die friedlichsten Zeiten. Alles ändert sich: vom globalen Gleichgewicht zwischen Macht und Einfluss bis zu den sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Grundlagen des Lebens von Gesellschaften, Staaten und ganzen Kontinenten. In den vergangenen Epochen gingen Verschiebungen dieser Größenordnung fast nie ohne große militärische Konflikte und ohne Machtkampf um den Aufbau einer neuen globalen Hierarchie vonstatten. Dank der Weisheit und Weitsicht der politischen Führer der alliierten Mächte konnte ein System geschaffen werden, das extreme Manifestationen dieser Rivalität verhindert, welche historisch der globalen Entwicklung innewohnt.

Unsere Pflicht – also die Pflicht derjenigen, die die politische Verantwortung übernehmen, insbesondere der Vertreter der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg – ist es, sicherzustellen, dass dieses System erhalten bleibt und verbessert wird. Heute wie im Jahr 1945 ist es wichtig, politischen Willen zu zeigen und gemeinsam über die Zukunft zu diskutieren. Unsere Kollegen – die Herren Xi Jinping, Macron, Trump, Johnson – unterstützten die russische Initiative, ein Treffen der Führer der fünf Atomkräfte – der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – abzuhalten. Wir danken ihnen dafür und erwarten, dass ein solches persönliches Treffen zum frühestmöglichen Zeitpunkt stattfinden kann.

Was könnte aus unserer Sichte auf der Agenda des anstehenden Gipfels stehen? Vor allem ist es nach unserer Meinung sinnvoll, über Maßnahmen zu sprechen, mit denen das Kollektive in den internationalen Angelegenheiten gestärkt werden kann, sich offen über den Friedenserhalt auszutauschen, über die Verbesserung der globalen und regionalen Sicherheit, die strategische Rüstungskontrolle, das gemeinsame Vorgehen gegen den Terrorismus, Extremismus, weitere drängende Herausforderungen und Bedrohungen.

Ein weiteres Thema, das auf der Tagesordnung des Treffens steht, ist die Situation in der Weltwirtschaft, vor allem die Überwindung der durch die Coronavirus-Pandemie verursachten Wirtschaftskrise. Unsere Länder ergreifen beispiellose Maßnahmen, um die Gesundheit und das Leben der Menschen zu schützen und die Bürger zu unterstützen, die sich in einer schwierigen Situation wiederfinden. Wie schwerwiegend die Folgen der Pandemie sein werden, wie schnell die Weltwirtschaft aus der Rezession herauskommt, hängt von unserer Fähigkeit ab, als echte Partner zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus ist es unzulässig, die Wirtschaft zu einem Instrument des Drucks und der Konfrontation zu machen. Zu den aktuellsten Themen zählen der Umweltschutz und der Kampf gegen den Klimawandel sowie die Gewährleistung der Sicherheit des globalen Informationsraums.

Die von Russland vorgeschlagene Agenda des bevorstehenden „Fünfer-Gipfels“ ist sowohl für unsere Länder als auch für die ganze Welt äußerst wichtig und relevant. Und zu jedem Anhaltspunkt haben wir konkrete Ideen und Initiativen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Gipfel mit der Teilnahme Russlands, Chinas, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens eine wichtige Rolle bei der Suche nach gemeinsamen Antworten auf moderne Herausforderungen und Bedrohungen spielen und ein gemeinsames Engagement für den Geist des Bündnisses, die hohen humanistischen Ideale und Werte demonstrieren wird, für die unsere Väter und Großväter Schulter an Schulter gekämpft haben.

Auf der Grundlage unseres gemeinsamen historischen Gedächtnisses können und müssen wir uns gegenseitig vertrauen. Dies wird als solide Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen und konzertierte Maßnahmen zur Stärkung der Stabilität und Sicherheit auf dem Planeten sowie für den Wohlstand und das Wohlergehen aller Staaten dienen. Dies ist – ohne Übertreibung – unsere gemeinsame Pflicht und Verantwortung gegenüber der ganzen Welt, gegenüber den gegenwärtigen und den zukünftigen Generationen.

For English:

<http://en.kremlin.ru/events/president/news/63527>

Quelle: <https://russische-botschaft.ru/de/2020/06/19/75-jahrestag-des-grossen-sieges-gemeinsame-verantwortung-vor-geschichte-und-zukunft/>

"Wenn ich die Lanz-Sendung vom 16.06.2020 als rassistisch empfinde, dann ist das auch rassistisch."

18.06.2020, 15:12, Claudia 56

(Bei folgendem handelte es sich um einen schwerfälligen, deutschsprachig hilflosen und grammatikalisch usw. fehlerhaften Artikel, den ich jedoch Wert fand, ihn mühsam einigermaßen zurechtzuschreiben. Billy)

In der Sendung vom 16.06.2020 bei Markus Lanz ging es unter anderem um das Thema Rassismus bei der Polizei. *Im Video, ab Minute 58, sprach dazu der dunkelhäutige Joshua Kwesi Aikins über seine Erfahrungen mit der Polizei. Beispielsweise nannte er etwas aus dem Görlitzer Park, der im Land als Drogenumschlagsplatz bekannt ist. Dort beobachtete er zwei Männer, die einen anderen Mann niederrangen, folglich er hinging und sagte: „Lassen sie den Mann los.“ Als Antwort bekam er zu hören: „Wir sind die Polizei. Sie stören einen Einsatz. Stellen sie keine Fragen. Gehen sie weiter.“

Das ist jetzt in den Augen dieses Herrn Aikins Diskriminierung und latenter Rassismus. Dazu muss ich nun wirklich fragen, ob wir denn nun alle verrückt geworden sind? Ist das jetzt schon Rassismus oder Diskriminierung? Hätten denn die Polizisten in Zivil das auch zu einem Weissen gesagt, wenn einer sie dasselbe gefragt hätte? Wie soll denn die Polizei in Zukunft ihre Arbeit machen? Hätten sie erst eine Diskussionsrunde führen müssen, damit sich der Herr nicht diskriminiert gefühlt hätte?

Es ging dann auch noch um das Racial Profiling (Anm. Billy: Als Racial Profiling wird häufig ein auf Stereotypen und äusserlichen Merkmalen basierendes Agieren von Polizei- sowie anderer Sicherheitskräfte bezeichnet, wie aber auch auf Einwanderungsbeamte und Zollbedienstete), das der Polizei ebenfalls als Rassenhass angelastet und ihr unterstellt wird, wobei sie aus rein rassistischen Motiven schwarze oder südländisch aussehende Personen öfters kontrolliere als weisse ...

Gut fand ich, dass sowohl Wolfgang Bosbach als auch Markus Lanz dieser Behauptung dagegenhielten. Unsere Polizei ist mit der amerikanischen Polizei nicht zu vergleichen, denn da gibt es laut Bosbach „fundamentale Unterschiede.“ Selbstverständlich gibt es unter den Tausenden von Polizisten auch mal "ein paar schwarze Schafe", aber dass man jetzt den Polizisten allgemein in aller Gänze einen latenten resp. nicht unmittelbar sichtbaren Rassismus unterstellt, wie dies die SPD-Vorsitzende Saskia Eskens getan hat, das ist nicht richtig. Diese böartige Behauptung zerstört vor allem das Vertrauen in unsere Polizei.

Wie sollen denn wir Leute, Bürger und Bürgerinnen, Vertrauen zur Polizei haben, wenn sie gesamthaft als Rassenhasser hingestellt wird? Selbstverständlich hat die Polizei bei den Kriminellen keinen guten Ruf, was ja auch so sein soll und auch richtig ist, wobei dieser Ruf aber in der Regel nur deshalb nicht gut ist, weil die Polizei den Gaunern und Kriminellen auf ihre schmutzigen Finger klopf, sie der strafenden Gerechtigkeit zuführt und hinter Gitter befördert. Und exakt diese traurigen Gestalten sollen anständig behandelt, jedoch dingfest gemacht werden, was ihnen aber nicht in den Kram passt, weil sie als Diebe, Betrüger oder Drogendealer usw. von der Polizei eingefangen werden müssen.

Was wünschen sich denn solche Leute wie dieser Herr Aikins? Soll die Polizei etwa den Kampf gegen Klein- und Grosskriminelle und Gewaltverbrecher aufgeben, damit ja kein Landesfremder, kein brauner, schwarzer, roter Mensch diskriminiert wird? Soll die Polizei, bevor sie einen verdächtigen andersfarbigen, weissen, landesfremden oder einen einheimischen Menschen kontrolliert, erst noch dessen Oma kontrollieren, damit das Ganze gerecht ist? Die Polizei kontrolliert aus "erlebten Erfahrungen" heraus, und zwar eben Leute, die ihnen verdächtig erscheinen und von denen sie ausgehen müssen, dass diese u.U. Gesetzesbrüchige und überproportional oft in kriminelle Machenschaften verwickelt sein können.

Natürlich weiss auch die Polizei, dass nicht alle, die so aussehen wie Betrüger, Gauner, Kriminelle oder Verbrecher auch tatsächlich zu diesen Gilden gehören, doch ob die eine oder andere Person zu irgendwelchen Gesetzesbrechern gehört oder eben nicht, das kann sie auch nur dann feststellen, wenn sie kontrolliert wird.

Die Polizei könnte natürlich aufhören zu kontrollieren, damit sich niemand diskriminiert vorkommen würde, doch dann würden wir die Strassen den Gilden der Betrüger, Gauner, Kriminellen und Verbrecher usw. überlassen, wobei dann aber nur noch das Recht des Stärkeren gelten würde. Dazu könnte dann aber nicht einmal mehr die Frage gestellt werden, ob wir dann damit wirklich etwas Wertiges gewinnen würden?

Wenn wir alles betrachten, dann haben wir ja auch Stadtviertel, in denen Clans, in der Regel aus ausländisch-fremden Einwanderern bestehend, sich eigene Gesetze und Rechte machen und diese auch wider alle bestehenden staatlich vorgegebenen Gesetze durchsetzen. Und dazu fragt sich, ob es in diesen polizeifreien Vierteln etwa keinen Rassismus und keine Diskriminierung gibt? Können da all die braven Migranten völlig ohne Diskriminierung leben? Oder, ist da nicht auch ein etwas anderer Rassismus und eine Diskriminierung vorhanden?

Ist es besser, wenn man das machen muss, was ein Clanchef bestimmt?

Schützt die Polizei nicht auch die braven Migranten, indem sie die Kriminellen (egal welcher Hautfarbe) hinter Gitter bringt? Wollen die unbescholtenen Schwarzen lieber mit Kriminellen zusammenleben?

Bei einer Kontrolle könnte man ja auch das machen, was die Polizei von einem verlangt. Wer nicht kriminell ist, der braucht sich vor keiner Kontrolle zu fürchten, wenn er sich den Aufforderungen der Polizei nicht widersetzt. Das gilt für Weiße und Schwarze, Braune, Gelbe und Rote. Die Polizei kontrolliert auch Weiße und geht auch mit diesen unsanft um, wenn sie sich der Kontrolle widersetzen. Es ist nicht alles Rassismus, was manche als Rassismus empfinden. Aber genau das scheint sich geradezu umzudrehen. Es wird jetzt alles als Rassismus deklariert und verdammt, dies schon dann, wenn eine Person etwas als Rassismus wähnt; dann ist es eben Rassismus auf Teufel komm raus.

Auch ein anderes Thema fällt noch an, denn auch eine andere Sache gibt Anlass zu einer Diskussion, nämlich alles was als sexistisch angesehen werden darf und was nicht. Bereits eine kurze Bemerkung über ein etwas kurzes Kleid, wird sofort als Sexismus gesehen. (** Video siehe unten) Wenn jemand etwas als sexistisch empfindet, dann ist es auch sexistisch, und zwar völlig egal, ob es tatsächlich so ist oder nicht. Dazu kann man eigentlich nichts mehr sagen, denn es darf jeder selbst bestimmen, was er/sie als sexistisch sieht, oder was jemand als rassistisch empfindet. Eigentlich bräuchte man auch keine Gesetze mehr, durch die alles zu definieren ist, wenn keine Kontrollen mehr stattfinden würden, denn dann wäre es so, dass wenn ich etwas denke und fühle, dann ist es auch so – und ist gültig.

Werden wir jetzt wohl auch alle unsere Gesetze umschreiben müssen? Wir würden dann gefühlte Gesetze brauchen. Jeder könnte dann jeden anderen wegen dessen Befindlichkeit anzeigen, wobei dann jedoch dafür keine Beweise oder Fakten mehr benötigt würden, weil dann die Gedanken und Gefühle völlig ausreichen würden und das endgültige Chaos bis ins letzte Jota seinen Sieg errungen hätte..

*<https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-17-juni-2020-braucht-100.html>

**[https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Junge-Abgeordnete-stellt-AfD-an-Sexismus-](https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Junge-Abgeordnete-stellt-AfD-an-Sexismus-Prangerarticle21843514.html?fbclid=IwAR1XtPYMV7ZBGx4zF1q1uq4wTlv2vpJsMkP51TS5C4RAYM1vUBhZSesgNBA)

[Prangerarticle21843514.html?fbclid=IwAR1XtPYMV7ZBGx4zF1q1uq4wTlv2vpJsMkP51TS5C4RAYM1vUBhZSesgNBA](https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Junge-Abgeordnete-stellt-AfD-an-Sexismus-Prangerarticle21843514.html?fbclid=IwAR1XtPYMV7ZBGx4zF1q1uq4wTlv2vpJsMkP51TS5C4RAYM1vUBhZSesgNBA)

Quelle: <https://www.fischundfleisch.com/claudia56/wenn-ich-das-als-rassistisch-empfinde-dann-ist-das-auch-rassistisch-65460>

Merkels Lob der „freien“ Presse entlarvt sie als Gegnerin der Volkssouveränität

hwiludwig Veröffentlicht am 18. Juni 2020

Am 16.5. 2020 richtete Bundeskanzlerin Merkel an die schon länger und vielleicht auch kürzer hier Lebenden eine beeindruckende „Podcast“-Lobeshymne über 75 Jahre freie Zeitungen in Deutschland und die Bedeutung der Pressefreiheit für die Demokratie. Es ist unbedingt notwendig, die raffinierte Lügen- und Einlullungs-Technik dieser Herrscherin von der Parteien und Medien Gnaden aufzudecken und daran zu zeigen, wie die Zeitungen neben den staatlichen Sendern eine totalitäre Regierungs-Propaganda betreiben und mit totalitärer Desinformation den Bürger als Souverän der Demokratie ausschalten.

„75 Jahre Pressefreiheit“ Zunächst stellt Merkel fest:

„Vor 75 Jahren wurden die ersten Zeitungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet. In unserem Grundgesetz aus dem Jahr 1949 heisst es im Artikel 5: ‘Die Pressefreiheit wird gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.’ Das war alles andere als selbstverständlich nach der Zeit des Nationalsozialismus. In dieser Zeit wurden Journalistinnen und Journalisten mundtot gemacht, eingesperrt und sogar ermordet. Und auch in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg kam nur dem westlichen Teil die Pressefreiheit zugute. In der DDR gab es keine Pressefreiheit.“

Sie beginnt mit einer Lüge, indem sie suggeriert, in Deutschland gebe es jetzt 75 Jahre, also seit 1945, Pressefreiheit. Zwar sagt sie nur, dass vor 75 Jahren die ersten Zeitungen gegründet wurden, meint aber freie Zeitungen, wie der Begleittext zum Podcast-Video auf der Seite der Bundeskanzlerin verrät: „Bald nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur erschienen vor 75 Jahren in Deutschland die ersten freien Zeitungen unter Lizenz der Alliierten.“

Davon ist nur richtig, dass eine Zeitung herausgeben durfte, wer eine Lizenz der Militärregierung bekam. Die Zeitungen mussten also den Wünschen der Siegermächte entsprechend schreiben, sonst wurde die Lizenz natürlich entzogen. Wie unter dieser Bedingung die Zeitungen frei sein sollten, erklärt sich nur aus dem Täuschungswillen der Herrscherin.

Die Lizenzpflicht schafften die Alliierten zwar 1949 ab, und das Grundgesetz garantiert seitdem die Pressefreiheit. Aber dass damit dem westlichen Teil Deutschlands in der Realität auch die Pressefreiheit „zugutekam“, ist wieder eine gezielte Geschichtsfälschung und Täuschung der Bevölkerung. Denn die Alliierten hatten auch weiterhin grosses Interesse an einer Berichterstattung in ihrem Sinne. Ihre Lenkung zog

sich nur unauffälliger in den Hintergrund zurück. So bestand „über die Ford-Foundation und den Congress for Cultural Freedom (...) eine stete finanzielle amerikanische Einflussnahme auf die die westdeutsche Presse, die damals noch gewichtig war, da die neugegründeten Medien oft in finanziellen Nöten waren. Im Jahr 1951 erhielten 44 Zeitungen jeweils 6-stellige DM-Beträge, fast die gesamte deutsche Presse.“ 1

Die Lenkung der deutschen Medien ist Teil eines Vasallen-Verhältnisses Deutschlands, wie es der US-Geostratege Brzezinski nennt, das als „transatlantische Partnerschaft“, als ein Bündnissystem von befreundeten Staaten kaschiert wird. In diesem findet nach aussen hin ein dauerndes Verhandeln und Streben nach offiziellem Konsens statt, doch in Wahrheit geht die Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, aus. In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch: „Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“ Das betrifft selbstverständlich auch die Presse, die für die Meinungsbildung der Bevölkerung wesentlich ist, wobei man sich von einem gewissen Spielraum, insbesondere in der Innenpolitik, nicht täuschen lassen darf.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflussnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d. h., ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflussnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland verborgen in transatlantischen Organisationen wie Atlantik-Brücke, Aspen-Institut, Deutsche Atlantische Gesellschaft etc., die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten. Hier werden die massgebenden politischen Vasallen und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke z.B. 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien. Und der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, dass im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, „die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten. Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien.“

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier US-nahen deutschen Alpha-Journalisten, die mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der politischen Eliten verbunden waren. Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: „In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Aussen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa. Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem ‚journalistischen Output‘ auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Aussen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung.“ (Vgl. mit Quellen die genauere Untersuchung: Der Journalismus als Herrschaftsinstrument)

Von einer freien Presse kann also in Deutschland nicht die Rede sein. Die Presse ist propagandistische Magd der transatlantisch verpflichteten Vasallen-Politik der deutschen Regierung, von welcher Partei diese auch gestellt wird. Der Aufrechterhaltung dieser US-abhängigen Politik dient die einseitige, propagandistische Berichterstattung der Medien, damit die Bevölkerung nicht in aller Breite urteilsfähig wird, sondern der vorgegebenen Linie folgt. Bei der deutschen Regierung handelt es sich daher insoweit um ein demokratisch kaschiertes autoritäres Regime im Auftrag der USA.

Deshalb hat Merkel vollkommen Recht, wenn sie weitersagt:

„Wir wissen auch heute aus autoritären Regimen, dass wenn sie an die Macht kommen, zuallererst die Pressefreiheit unterdrückt wird und der freie Journalismus nicht mehr stattfinden kann. ... Man kann sagen: Wie es um die Pressefreiheit steht, das zeigt und ist ein Gradmesser, wie es um unsere Demokratie insgesamt steht. Deshalb müssen wir alle einstehen für einen freien Journalismus und eine freie Arbeit der Journalistinnen und Journalisten.“

Genau.

Bedeutung der freien Presse für die Demokratie

Es ist von höchster propagandistischer Raffinesse, auf überzeugende Weise eine abstrakte Wahrheit zu beschreiben und damit zu suggerieren, dies treffe für die Wirklichkeit im eigenen Land zu. Merkel gelingt dies mit einer zutreffenden Schilderung, welche fundamentale Bedeutung eine freie Presse für eine frei-

heitliche Gesellschaftsordnung hat. Auf die selbst gestellte Frage: „Was macht eine freie Presse für eine Demokratie so wichtig?“ antwortet sie:

„Wer die Freiheit liebt, dem ist eine freie Presse auch unverzichtbar. Freiheit bedeutet auch immer, die Meinungen und Überzeugungen anderer wahrzunehmen und wertzuschätzen. Und das bedeutet gleichzeitig, das eigene Denken und alte Gewissheiten immer wieder auf den Prüfstand zu stellen.“

Wohl wahr. Doch wie sieht die Realität in Deutschland aus? Der Bürger hat in der Mainstream-Presse kaum die Möglichkeit, andere Meinungen und Überzeugungen als die der herrschenden Politik in inhaltlich fundierter Weise kennen zu lernen. Es werden im Einklang mit den Politikern andere Meinungen, wenn überhaupt, nur kurz und allgemein genannt und vielfach zugleich dadurch diskreditiert, dass diejenigen, die sie äussern, als Aussenseiter, Verschwörungstheoretiker und Spinner persönlich verächtlich gemacht oder als Rechtsextreme und Nazis diffamiert und verleumdet werden, was für die Betroffenen oft schwere soziale und wirtschaftliche Folgen hat. Eine sachliche, objektive Darstellung der verschiedenen Ansichten findet nicht statt, geschweige denn eine inhaltliche Auseinandersetzung, in der „das eigene Denken und alte Gewissheiten immer wieder auf den Prüfstand“ gestellt würden.

Dann hebt Merkel hervor:

„Journalistinnen und Journalisten müssen die Regierung und alle politischen Akteure einem kritischen Blick unterziehen können. Eine Demokratie braucht Fakten und Informationen. Sie muss zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden. Es muss möglich sein, aus verschiedenen Perspektiven die Realität zu sehen und daraus die entsprechenden Meinungen zu formen.“

Hört, hört. Kritik der Regierung durch die Presse hat es in früheren Jahren in gewissem Rahmen trotz USA-Abhängigkeit noch gegeben. Das ist seit spätestens 20 Jahren weitgehend vorbei. Mit den Ereignissen des 11. 9. 2001 und dann auch im Zusammenhang mit dem Putsch in der Ukraine ist für eine weitgehende Gleichschaltung gesorgt worden. An die Stelle von Regierungskritik ist eine weitgehende Hofberichterstattung getreten, von der gerade Merkel stark profitiert. Der Medienwissenschaftler Prof. Norbert Bolz bemerkte 2019 dazu: „Es gibt so eine Art Merkelismus, der den gesamten Mainstreamjournalismus erfasst hat, und das schon seit vielen, vielen Jahren.“ Kein Wunder, dass Merkel diese Art Presse so überaus lobt.

Überhaupt lässt sich in den letzten Jahren auf allen Ebenen ein Anwachsen totalitärer Gesinnungen und entsprechender staatlicher Massnahmen beobachten, die von der „freien“ Presse unterstützt werden. Auf Fakten und Informationen kommt es da gerade nicht an, sie werden systematisch unterdrückt, damit der Bürger nicht mehr zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden kann. Die Lügen der Politiker haben Orwell'sches Ausmass angenommen.

Geradezu vorbildlich hebt Merkel hervor, dass es möglich sein muss, „die Realität aus verschiedenen Perspektiven zu sehen und daraus die entsprechenden Meinungen zu formen.“ Ja, die Realität hat viele Seiten. Erst wenn man ein Haus z.B. von allen Seiten und auch innen kennengelernt hat, hat man ein ganzes, vollständiges Bild des Hauses. „Nur das Ganze ist die Wahrheit“, betonte immer wieder der grosse Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel.

Damit hat Merkel den Punkt getroffen, der für die zentrale Frage der Demokratie entscheidend ist: Der freie, mündige Bürger kann die innen- und aussenpolitische Situation und das Handeln der Abgeordneten und Regierungsvertreter nur beurteilen, wenn er von den Medien vielseitig, umfassend informiert wird. Merkel weiss also genau Bescheid und gewinnt mit dieser grossen Wahrheit die Zustimmung der Zuhörer. Doch Merkel benutzt diese Wahrheit, um damit zu suggerieren, diese zentrale Aufgabe würde von den „freien Zeitungen“ in Deutschland geleistet.

Dabei ist das Gegenteil der Fall. Der Bürger wird nur einseitig und tendenziös im Sinne der Regierungsverlautbarungen informiert. Dadurch befindet er sich mit seinem Bewusstsein nicht in der vollen Realität. Er wird manipuliert, in seinen Meinungen gelenkt und kann durch die Ausblendung vieler Wirklichkeitsaspekte das Handeln der von ihm gewählten Repräsentanten nicht mehr objektiv beurteilen. Er ist als Souverän der Demokratie, von dem nach Art. 20 GG alle Staatsgewalt ausgeht, ausgeschaltet und die Demokratie in ihrem inneren Kern aufgehoben. Der Journalismus ist heute Herrschaftsinstrument.

Die demokratischen Institutionen und Abläufe bleiben zur Täuschung als hohle Kulisse bestehen, alle Staatsgewalt aber geht in Wahrheit gar nicht mehr vom Volk als dem ursprünglichen Souverän, sondern von den Herrschenden aus, die ihm die Macht de facto abgenommen, von ihm abgelöst und usurpiert haben. Es kommt gar nicht darauf an, die bestehenden demokratischen Organisationsformen zu beseitigen. Es genügt und ist viel effektiver, unmerklich das zentrale Agens der Demokratie, die Erkenntnismöglichkeit und Urteilsfähigkeit der Bürger aufzuheben, die prinzipiell den Organen der Demokratie zugrunde liegen müssen und ihnen erst ihren Sinn verleihen (vgl. hier).

Es besteht in Wahrheit der Totalitarismus einer Oligarchie.

Die Presse in der Corona-Krise

Merkel hebt dann schliesslich hervor, die Realität aus verschiedenen Gesichtspunkten zu sehen, sei gegenwärtig besonders wichtig:

„Dies gilt auch ganz besonders in der aktuellen Lage, im Zusammenhang mit dem Coronavirus. Gerade in dem Zusammenhang sind gut recherchierte Informationen für uns alle von grosser Wichtigkeit. Dies sind häufig Informationen, die auch sehr komplex sind und deshalb durch Journalistinnen und Journalisten aufbereitet und einfach und nachvollziehbar dargestellt werden können. Das ist für die Meinungsbildung in unserer Gesellschaft von herausragender Bedeutung.“

Die damit verbundene Lüge, dies sei in der Medien-Realität so, ist von einer solchen Dreistigkeit, dass es einem die Sprache verschlägt. Jeder aufmerksame Beobachter weiss, wie einseitig die Mainstream-Presse nur die Auffassungen der Hofvirologen Drosten und Wieler (RKI) transportiert. Deren unbelegte Behauptungen einer allgemeinen Gefährlichkeit der Corona-Infektion, deren irreführende Infektionszahlen, vorge-täuschte exponentielle Steigerungen, falsche Todeszahlen und deren Annahmen, Schätzungen und Glaubensvorstellungen, die sie als Wissenschaft ausgeben, werden von diesen Journalisten gerade nicht aufbereitet und nachvollziehbar dargestellt.

Die davon abweichenden Auffassungen zahlreicher renommierter nationaler und internationaler Wissenschaftler werden nicht objektiv gegenübergestellt, sondern diese werden im Gegenteil als Aussenseiter diskreditiert oder gar diffamiert.

Anfang Juni lehnte die FAZ sogar eine ganzseitige regierungskritische Annonce der „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.“ ab, zu denen Prof. Bhakdi, Prof. Hockerts, Prof. Homburg, Dr. Wodarg u.a. neben 16 000 namentlich bekannten Unterstützern gehören. Darin wurden die Bundesregierung und alle Landesregierungen aufgefordert, „die gegenwärtig verhängten Massnahmen sofort und vollständig aufzuheben“, da sie angesichts realer Zahlen und wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse weder sinnvoll, verhältnismässig noch medizinisch begründbar und nicht zu verantworten seien. (Diesbezüglich und ff sollen die FIGU-Corona-Ausführungen der Plejaren im Internetz beachtet werden: www.figu.org/ch/index/download/coronavirus)

Merkel scheint tatsächlich gehört zu haben, dass es abweichende Ansichten gibt, und sie beantwortet den selbst gemachten Einwand, in Zeiten der Pandemie würden manche wieder kritisieren, die Presse bilde nicht das ganze Meinungsspektrum ab, auf ihre schlichte autoritative Weise mit:

„Das sehe ich nicht so, im Gegenteil.“

Wenn man jetzt erwartete, dass sie das begründet und gar Belege dafür bietet, würde man sie als Wissenschaftlerin überschätzen und als totalitär gesinnte Politikerin unterschätzen. Sie weiss, dass der Grossteil der Bevölkerung ihr glaubt. Das genügt. Und das ganze Meinungsspektrum der Wissenschaft besteht bei ihr aus den paar einseitigen Virologen am Hofe, denen sie folgt. Natürlich sagt sie das nicht, sondern verkündet stolz:

„Jeden Tag lernen wir dazu, die Wissenschaft vor allem, und sie versorgt uns mit neuen Erkenntnissen.“

Ja, besonders Star-Virologe Drosten als „die Wissenschaft“ versorgt uns fast jeden Tag mit neuen Vermutungen, Schätzungen und Spekulationen, die er neue Erkenntnisse der Wissenschaft nennt. Das wurde selbst Merkel mal zu viel, so dass sie nach Bild im Kreis der Ministerpräsidenten über sein „heute so, morgen so“ unwillig motzte. Doch der stramme Söder aus Bayern, Kanzler in Wartestellung, sprang „der Wissenschaft“ bei: Eine „Verteufelung“ sei nicht angemessen. Die Virologen müssten sich ständig an neuen Forschungsergebnissen orientieren und dazulernen. Söder ironisch: „Sogar Politiker sollen gestern mitunter was anderes sagen als heute.“

Der Söder kennt sich halt aus und weiss, wie Wissenschaft und Politik unzertrennliche Komplizen sind.

Jedenfalls sah Merkel dann doch wieder ein, das Kennzeichen von Wissenschaft sei, dass man immer wieder die neuen Erkenntnisse transparent macht. Und so sagte sie nun:

„Dass wir das verstehen und dass viele Menschen davon erfahren, das ist absolut wichtig. Dafür sorgen die Medienangebote, die öffentlich-rechtlichen genauso wie die privaten, die analogen genauso wie die digitalen Medienangebote.“

So ist es halt, Ihr schon länger oder erst kurz hier Lebenden: Die Medien sorgen dafür, dass wir alles erfahren. Die Kanzlerin mit ihrer Autorität sagt es, und dann stimmt es auch, auch wenn es eine unver-schämte Lüge ist. –

Die zusammenfassende Wahrheits-Lüge

Zum Schluss malt Merkel noch einmal das schöne Bild der offenen Demokratie, in der die verschiedenen Meinungen miteinander in gegenseitiger Toleranz um die besten gemeinschaftlichen Lösungen ringen:

„Eine Demokratie braucht Öffentlichkeit. Sie braucht einen Raum, in dem wir uns gemeinsam über unsere Gesetze, aber auch über unsere Werte verständigen können. Sie braucht eine Öffentlichkeit, in der gestritten werden kann und verschiedene Meinungen ausgetragen werden können, um daraus gemeinschaftliche Lösungen zu entwickeln. Das setzt Toleranz gegenüber der Meinung des anderen voraus. Das setzt aber auch voraus, gegenüber der eigenen Meinung Kritik einstecken zu können. Wenn wir das alles beherzigen, dann wird unsere offene Gesellschaft zu den besten Lösungen finden.“

Wie wahr. Es gehört schon eine ungeheure Unverfrorenheit dazu, diese Wahrheit als gesellschaftliche Realität zu suggerieren, indem sie dann in gespielter Treuherzigkeit säuselt:

„Dass wir mittlerweile über 70 Jahre Pressefreiheit haben, das kann uns mit Stolz, aber auch mit Dankbarkeit erfüllen. Es ist uns aber auch eine Aufforderung, jeden Tag aufs Neue dafür Sorge zu tragen, dass Journalistinnen und Journalisten Möglichkeiten der freien Arbeit haben und dass wir diese Arbeit achten, schätzen und unterstützen.“

Es wird einem physisch übel, wenn man das immer wieder lesen muss.

Abschaffung der Volkssouveränität

Die Menschen werden von Politik und Medien in einer einseitigen, verzerrten Wirklichkeits-Perspektive gehalten. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte:

„Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit.“

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war einer der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, „weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die „Schweigespurale“, wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen. Aus der Schweigespurale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen.“ 2

Dadurch befinden sich die Bürger mit ihrem Bewusstsein nicht in der vollen Realität. Sie werden manipuliert und in ihren Meinungen gelenkt. Sie können durch die Ausblendung vieler Wirklichkeitsaspekte das Handeln der von ihm gewählten Repräsentanten nicht mehr objektiv beurteilen. Sie sind als Souverän der Demokratie, von dem nach Art. 20 GG alle Staatsgewalt ausgehen soll, ausgeschaltet und die Demokratie in ihrem inneren Kern aufgehoben.

Im Verein mit den Medien ist dies offensichtlich Merkels Ziel, damit eine Elite, die sich hinter der Fassade einer scheinbaren Demokratie als Parteien-Oligarchie eingerichtet hat, die Menschen nach ihren Zielen beherrschen kann. Des deutschen Volkes liebste Führerin und ihre Mainstream-Medien sind Feinde der Volkssouveränität und damit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes.

Wir befinden uns, das ist offensichtlich, auf dem Wege in immer totalitärere Verhältnisse, deren <geistige> Hintergründe der deutsche Philosoph und Anthropologe Arnold Gehlen wie folgt beschrieb:

„Teuflich ist, wer das Reich der Lüge aufrichtet und andere Menschen zwingt, in ihm zu leben. (...) Der Teufel ist nicht der Töter, er ist Diabolos, der Verleumder, ist der Gott, in dem die Lüge nicht Feigheit ist, wie im Menschen, sondern Herrschaft. Er verschüttet den letzten Ausweg der Verzweiflung, die Erkenntnis, er stiftet das Reich der Verrücktheit, denn es ist Wahnsinn, sich in der Lüge einzurichten.“ 3

1 Stefan Scheil: Transatlantische Wechselwirkungen, S. 172 in Anm. 113 mit Quellenangaben

2 Udo Ulfkotte: Gekaufte Journalisten, Rottenburg 2014, S. 96, 97

3 Arnold Gehlen: Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, Ffm. 1969 S. 185

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2020/06/18/merkels-lob-der-freien-presse-entlarvt-sie-als-gegnerin-der-volkssouveraenitaet/>

Moskau: US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 zielen direkt auf deutsche Wirtschaft

18.06.2020 • 13:10 Uhr

Die angedrohte Ausweitung der US-Sanktionen gegen die Pipeline Nord Stream 2 stellen eine "aggressive" Druckausübung dar und sollen direkt die deutsche Wirtschaft treffen, wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gestern in Moskau erklärte. Beobachter sehen in dem US-Vorgehen den Wunsch der USA, eine Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland auch unter Bruch des Völkerrechts in jedem Fall stören und unterbinden zu wollen.

Der US-Gesetzentwurf "Protecting Europe's Energy Security Clarification Act" sieht vor, Unternehmen und Personen, die an der Verlegung der Pipeline Nord Stream 2 zwischen Deutschland und Russland beteiligt sind, mit Sanktionen zu belegen. Laut diesem drohen nun Unternehmen in zwölf europäischen Ländern solche exterritorialen US-Sanktionen, die sogar rückwirkend bis Anfang Dezember greifen sollen.

Sacharowa sagte zu den Sanktionsplänen:

Die im Kongress der Vereinigten Staaten diskutierten Sanktionen werden sich direkt auf die deutsche Wirtschaft auswirken. Die Antwort auf sie, ob auf nationaler oder gesamteuropäischer Ebene, ist natürlich eine souveräne Entscheidung Berlins und der EU-Länder.

Beobachter und Kritiker sehen in den US-Sanktionsplänen eine gravierende Einmischung in deutsche und europäische Wirtschaftsangelegenheiten, um US-Interessen durchzusetzen und Sanktionen dazu unter Bruch des Völkerrechts zu missbrauchen.



So hatte am Dienstag in Berlin Michael Harms, der Geschäftsführer des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, von der Bundesregierung ein Eingreifen gefordert und die zweckentfremdeten US-Sanktionen scharf kritisiert:

Auch in den 60er, 70er und 80er Jahren gab es schon immer wieder Bestrebungen, amerikanische Sanktionen gegen deutsch-russische oder russisch-deutsche Pipelines anzuwenden. [...] Sanktionen sind ja irgendwann mal eingeführt worden, um vor allen Dingen Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen und wir gehen davon aus, dass das auch dabei bleiben sollte und diese nicht zur Einmischung in Wirtschaftsangelegenheiten eingesetzt werden.

Ähnlich sieht es Lucas Leiroz, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich des Völkerrechts an der Bundesuniversität von Rio de Janeiro. Er schreibt in seiner Analyse dazu:

Dies ist eine verbreitete und bekannte Taktik der amerikanischen Regierung, die traditionell in grossem Umfang Durchsetzungs- und Zwangsmechanismen einsetzt, um ihre Ziele auf internationaler Ebene zu erreichen. Die Sanktion ist ein Mechanismus, der aufgrund der guten Sitten des Gesetzes als letztes Mittel angewendet werden sollte, um einen Rechtsanspruch zu schützen, gegen den verstossen wurde. In den vergangenen Jahrzehnten hat Washington von diesem Mechanismus leider in jeder Hinsicht Gebrauch gemacht und ihn wahllos angewandt, um einfach seine eigenen Interessen durchzusetzen.

Und weiter:

Der Grund, warum die Vereinigten Staaten Nord Stream ruinieren wollen, liegt auf der Hand: Die Vorteile des Abkommens bringen Russland und Europa näher zusammen, beenden die Abhängigkeit von der ukrainischen Route des russischen Erdgases und schaffen einen kontinuierlicheren, sichereren und billigeren Verkehrsfluss. Die amerikanische Angst geht weit über das blosse Wirtschafts- oder Energieproblem hinaus. Was Washington wirklich vermeiden möchte, ist die Herstellung enger Beziehungen zwischen Moskau und Berlin (oder einer anderen europäischen Macht), die die geopolitische Konfiguration der modernen Welt für immer verändern könnten.

Auch Klaus Ernst, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag und Linken-Politiker verurteilt das US-Vorgehen als "völkerrechtswidrigen Eingriff in das Rechtssystem in Europa" und nennt diesen einen "direkten Angriff auf die Souveränität Deutschlands und Europas".

Maria Sacharowa ist dennoch zuversichtlich, dass das Pipeline-Projekt trotz des aggressiven US-Drucks zu Ende gebracht wird.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/kurzclips/103621-moskau-us-sanktionen-gegen-nord-stream/>

Massive Corona-Kollateralschäden: Existenznot, Isolation und Angst

19.06.2020 • 06:45 Uhr, <https://de.rt.com/27ye>

Die Wirtschaftskrise verschärft besonders die Lage der Armen. Die Tafeln schlagen Alarm wegen massiver Zunahme existenziell bedrohlicher Situationen. Auch das IAB befürchtet schwerwiegende soziale und psychische Folgen des Shutdowns.

von Susan Bonath

Immer mehr Menschen geraten in existenzielle Notlagen und suchen Hilfe bei einer Tafel. Dabei sind viele Essensausgabestellen weiterhin nur eingeschränkt oder gar nicht geöffnet. Das geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage des Bundesverbandes Tafel Deutschland bei den ehrenamtlichen Helfern hervor. Deren Vorsitzender Jochen Brühl mahnte:

Wir haben in den letzten Wochen eine neue Form der Not erlebt: Es kommen vermehrt jüngere Menschen, die bis vor kurzem überhaupt nicht auf die Tafeln angewiesen waren und nun vor Erleichterung weinen, weil sie etwas zu essen bekommen und ihre Kühlschränke wieder füllen können.

Demnach hat die Bundesregierung mit ihren Hilfspaketen ausgerechnet die Menschen vergessen, die Hilfe in der Krise am nötigsten haben. Hinzu kommt: Nicht jeder hat überhaupt Zugang zu einer Tafel. Von den insgesamt 947 Einrichtungen mit meist mehreren Essensausgabestellen sind 120 noch immer komplett geschlossen. In den meisten anderen Einrichtungen ist laut Brühl die Lebensmittelverteilung gegen einen Preis von einem bis zwei Euro "aufgrund der Abstandsregeln" eingeschränkt. Die Tafelhelfer rechnen in den kommenden Wochen mit weiter steigenden Zahlen an Hilfesuchenden.

Hungern aus Angst vor Corona?

Der Verbandschef zeigte sich aber auch "besorgt": "Vor allem ältere Menschen, die schon vor der Corona-Pandemie kamen, bleiben aus Angst vor einer Ansteckung zu Hause", berichtete er. Es sei den Helfern nicht möglich, alle zu erreichen, die eigentlich die Unterstützung benötigten. "Das macht uns grosse Sorgen, denn wir sehen, dass die Ärmsten besonders hart von der Krise getroffen werden", konstatierte er.

Insbesondere den älteren Menschen fehle es nicht nur an Nahrung, sondern auch an Kontakten zu anderen Menschen. Auch die Angst vor Corona treibe die Betroffenen in die Isolation. Lediglich einige Tafeln hätten "Lieferdienste für besondere Risikogruppen" einrichten können. Brühl warnte die Politik, von Armut Betroffene nicht zu vergessen.

Tafelvorsitzender: Kinderbonus hilft vielen nicht

Der Bundesverband Tafeln Deutschland hatte sich bereits im März mit einem offenen Brief an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) gewandt und mehr Hilfen für existenziell Notleidende gefordert. Zudem hatte sich der Verband gemeinsam mit anderen sozialen Organisationen für eine temporäre Erhöhung der Grundsicherung um 100 Euro ausgesprochen.

Über den einmaligen Kinderbonus berücksichtige das Milliarden-Konjunkturpaket arme Familien zwar minimal. "Die Hilfen reichen aber nicht aus und kommen zu spät", sagte Brühl. So bräuchten Betroffene, darunter viele Alleinerziehende, die insgesamt 300 Euro zwingend zum Leben. "Um Laptops für Home-Schooling anzuschaffen, reicht das nicht aus", mahnte er. Ausserdem profitierten Menschen mit niedrigen Renten oder Grundsicherung im Alter überhaupt nicht von der Minigabe, die dem Versprechen der Bundesregierung zufolge nicht auf Sozialhilfe- oder Hartz-IV-Leistungen angerechnet werden soll.

Alleinstehende und -erziehende sind besonders oft arm

Dass arme Menschen öfter alleine leben oder Kinder alleine erziehen, hatte vergangene Woche die Denkfabrik der Bundesagentur für Arbeit (BA), das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), in einer Studie herausgefunden. Dies und der materielle Mangel habe viele Betroffene in die Isolation geführt.

Demnach befinden sich etwa unter den Grundsicherungsbeziehern 40 Prozent Alleinstehende. Im Rest der Bevölkerung ist ihr Anteil nur halb so gross. Ausserdem wachsen in mehr als jedem zwölften Grundsicherungshaushalt ein oder mehrere Kinder mit nur einem Elternteil auf. In der restlichen Bevölkerung ist jeder 50. ein Alleinerziehenden-Haushalt.

Materiell benachteiligte Menschen hätten oft nur eine kleine Wohnung, selten ein Auto und oft nicht einmal einen Computer mit Internetzugang, resümieren die IAB-Forscher in ihrer Studie. Und weiter: Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, fehlt es vielfach an Dingen, die für andere selbstverständlich sind. Die Einschränkungen durch den Corona-Shutdown haben sie daher besonders betroffen.

IAB: Materieller Mangel führt zu Konflikten und psychischen Problemen

Dies habe viele nicht nur in die soziale Isolation geführt und Kinder von der Bildung abgehängt, sondern auch psychische Auswirkungen auf die Betroffenen. So gehen laut den Autoren sozialpsychologische

Theorien generell davon aus, dass Menschen unterschiedlich gut mit Stress, der Wirtschaftskrise und der Pandemie umgehen können. Dafür spielten die vorhandenen und aktivierbaren Ressourcen eine wichtige Rolle.

Ob eine solche Krise beispielsweise zu sozialer Isolation oder Konflikten im Haushalt führt, hängt massgeblich davon ab, ob den Betroffenen Ressourcen zur Verfügung stehen, die ihnen bei der Bewältigung der Krise helfen", so die Autoren.

Geldsorgen, ein leerer Kühlschrank, beengte Wohnverhältnisse aber auch fehlende Sozialkontakte seien ein Motor für psychische Probleme und Konflikte. Neben den direkten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen müsse man daher mit länger andauernden gesamtgesellschaftlichen sozialen Auswirkungen des Shutdowns rechnen. Dabei sei jetzt noch nicht absehbar, wie hoch die Arbeitslosigkeit noch steigen wird.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/gesellschaft/103622-massive-corona-kollateralschaden-existenznot-isolation/>

TAGTRÄUME EINER "DEUTSCH-IRANERIN", DIE IM IRAN WOHL KEINE LANGE LEBENSERWARTUNG HÄTTE

taz: Polizisten auf die Müllhalde, wo sie nur von Abfall umgeben sind
Von EUGEN PRINZ | , 19. Juni 202017

Von der in Berlin erscheinenden Tageszeitung, kurz „taz“, ist man ja einiges gewohnt. Was sie am 15. Juni ihrer treuen Leserschaft unter dem denglischen Titel „All cops are berufsunfähig“ präsentiert hat, war allerdings sogar vielen hartgesottenen Linken zu viel, wie die Kommentare unter dem besagten Artikel zeigen.

In dem Machwerk tagträumt die Autorin Hengameh Yaghoobifarah von einer Abschaffung der Polizei und stellt sich die Frage, wie die weitere berufliche Verwendung der Ex-Cops aussehen könnte, wo doch „der Anteil an autoritären Persönlichkeiten und solchen mit Fascho-Mindset in dieser Berufsgruppe überdurchschnittlich hoch“ sei.

Ergüsse aus einem hasserfüllten Gehirn

Ein Riesenproblem, das in der Folge von der Autorin analysiert wird. Behörden, „Lehrer/innen“, Justiz, Politik, „Ärzt/innen“ oder Sicherheitskräfte kommen nicht infrage, es könnten ja noch mehr „Chicos“ (Jungen) erzogen werden. Wir kommen noch drauf, warum dieser Gedanke der Autorin besonders zuwider zu sein scheint.

Weiter führt sie aus: „... und streng genommen möchte man die nun arbeitslosen Polizisten nicht mal in die Nähe von Tieren lassen“.

Auch eine ganze Reihe weiterer Berufe werden ausgeschlossen: Postbote? – Gefahr von Briefbomben. Baumärkte, Tankstellen oder Kfz-Werkstätten? – auch wieder Gefahr von Bombenbau. Gastronomie? – da vergiften die Ex-Cops womöglich die Leute. Bücherläden und Kinos? – geht auch nicht, da verbreiten die ehemaligen Polizisten unerwünschtes Gedankengut. Gartencenter? – zu nah an völkischen Natur- und Landideologien.

Wie gross ist der Wunsch nach einer Pediküre?

Die taz-Kolumnistin lässt ihre Leser auch wissen, dass sie sich von Ex-Cops nicht mal eine Pediküre geben lassen würde.

Wer sich ein Foto von Hengameh Yaghoobifarah ansieht (siehe: <https://www.resonanzboden.com/wp-content/uploads/Hengameh.jpg>), wird allerdings unweigerlich zu dem Schluss kommen, dass die von der Autorin in ihren feuchten Träumen aus dem Polizeidienst entlassenen Ordnungshüter wahrscheinlich nicht Schlange stehen würden, um in näheren Kontakt mit den Füßen der guten Frau (?) zu kommen.

Abschliessend hat die taz-Kolumnistin noch die Lösung für das nicht-existente Problem parat:

„Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.“

Menschlicher Abfall also. Kein Zweifel: Wenn so etwas auf einer „rechten Plattform“ veröffentlicht worden wäre, hätte der Staatsschutz einen Tag später die Redaktionsräume durchsucht und alle Verantwortlichen wegen Volksverhetzung vor den Kadi gezerrt.

Zauberwort „Satire“

Bei den Linken ist es etwas anderes, da hilft das Zauberwort „Satire“. Diese Ausrede zieht jedoch nicht einmal mehr bei den eigenen Lesern, wie der Kommentar von „SAMVIM“ zeigt:

ist nur leider keine Satire...

Richtig. Der Artikel kann getrost unter der Rubrik „Clickbait-Müll“ abgelegt werden, wie auch die NZZ trefflich feststellt. Und das, obwohl die taz behauptet: „Wir schreiben für Leser*innen. Nicht für Klicks.“ Nachdem die taz offenbar darauf angewiesen ist, mit solchen Machwerken noch ein paar zusätzliche Leser zu generieren, helfen wir in dem Bewusstsein, dass wir zwar ein paar tausend zusätzliche Klicks, aber nicht die Leserschaft mit dem gewünschten „Mindset“ liefern, gerne aus.

Über die Autorin

Dieser Artikel soll nicht ohne ein paar Informationen über die Autorin geschlossen werden. Gekrönt von ihrem Konterfei steht in der taz über sie zu lesen:

„Hengameh Yaghoobifarah studierte Medienkulturwissenschaft und Skandinavistik an der Uni Freiburg und in Linköping. Heute arbeitet Yaghoobifarah als Autor_in, Redakteur_in und Referent_in zu Queerness, Feminismus, Antirassismus, Popkultur und Medienästhetik.“

Noch interessanter wird es auf Wikipedia. Ja, sie hat sich sogar schon einen Wikipedia-Eintrag erschrieben. Dort heisst es:

„Hengameh Yaghoobifarah (* 1991 in Kiel) schreibt Essays und Kolumnen zu den Themen Popkultur und Queerfeminismus und identifiziert sich nach eigenen Angaben als nichtbinär, das heisst weder als weiblich noch männlich.“

Nichtbinär. Jetzt hat der Autor dieses Artikels von einer schlaun „Kollegin“ ein neues Wort gelernt. Wie schlaun sie ist, hat die Nichtbinäre schon mit ihrer Bachelorarbeit im Studiengang „Medienkulturwissenschaft“ bewiesen.

Thema der Arbeit: „Die Farbe Pink im feministischen Diskurs.“ Kein Witz.

Die WELT liefert noch das Detail, dass Yagoobifarah „Deutsch-Iranerin“ ist. Hier stellt sich die Frage, was wohl die Mullahs im Iran mit einer Frau (?) anstellen würden, die ihnen erzählt, sie sei „nichtbinär“. Wenn sie dazu im Iran noch solche Artikel raushauen würde, wie hierzulande, sähe sie sich vermutlich ganz schnell, bis zur Hüfte eingegraben, einem Steinhagel ausgesetzt.

Denken Sie mal darüber nach, Herr oder Frau oder „nichtbinäre“ Yaghoobifarah, bevor Sie sich über die Diener dieses Staates wieder mal so auslassen. Die können nichts für Ihren Frust.



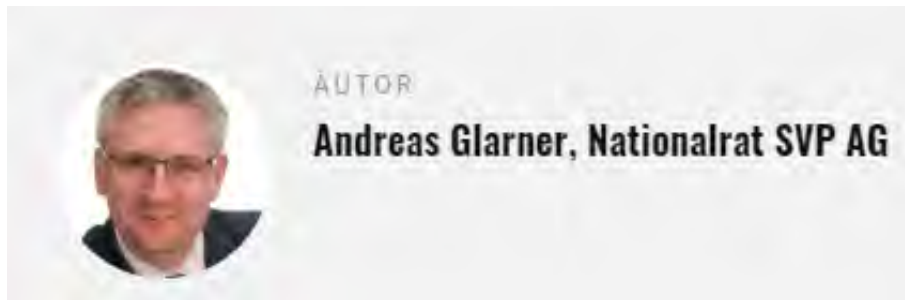
Eugen Prinz auf dem FreieMedien-Kongress in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Quelle: <http://www.pi-news.net/2020/06/taz-polizisten-auf-die-muellhalde-wo-sie-nur-von-abfall-umgeben-sind/>

Strassenmob im Mohrenkopf-Krieg

Andreas Glarner, Nationalrat SVP AGVERÖFFENTLICHT AM 19. JUNI 2020

Wenn man es nicht schwarz auf weiss hätte, würde man es nicht glauben: Was sich im fernen Minneapolis ereignet hat, zeitigt Auswirkungen bis nach Waltenschwil (AG): Tatsächlich verbannt die Migros die Mohrenköpfe der Firma Dubler aus ihrem Sortiment. Doch der Reihe nach.



Die Bilder haben wohl niemanden kalt gelassen: Minutenlang kniet der Polizist auf dem Hals des mehrfach vorbestraften George Floyd, obwohl dieser verzweifelt und klar äussert, dass er keine Luft bekomme. Bei aller Abscheu und Verurteilung dieser unsäglichen Tat des Polizisten muss aber auch festgehalten werden, dass Floyd sich vorher der Verhaftung zu entziehen versuchte. (**Anm. Billy:** Diese Darstellung ist nicht richtig und beruht offenbar auf einer Falschinformation, denn Filmaufnahmen – die ich selbst gesehen habe – beweisen, dass Floyd sich der Verhaftung nicht widersetzte, sondern sich gewaltlos hat festnehmen lassen, wonach er auf der Strasse vom Polizisten grundlos niedergeknüppelt und misshandelt wurde, folglich er dann starb.)



George Floyd

Bei George Floyd handelt es sich um einen einschlägig vorbestraften Gewalttäter, welcher mehrfach für mehrere Jahre hinter Gittern sass – vor allem wegen Drogendelikten, aber auch wegen eines Gewaltdelikts gegen eine schwangere Frau.

Es wurde also – bei allem Respekt – eine Art Staatsbegräbnis für einen Drogenhändler und Gewaltverbrecher veranstaltet ...

Nur «black lives» matter?

Die nachfolgenden Demonstrationen unter dem Titel «black lives matter» (sinngemäss: Schwarze Leben zählen auch) arteten in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen aus. Es wurde geplündert, gebrandschatzt und ja, auch gemordet.

Dass davon ein weisser Barbesitzer betroffen war, ging man seitens der Berichterstattung locker darüber hinweg – offensichtlich zählen nun nur noch «schwarze» Leben ...

Und natürlich Trump-Bashing

Trump forderte die Städte auf, mit der Nationalgarde für Ordnung zu sorgen – und so die wichtigste Rolle des Staates wahrzunehmen: Für Recht und Ordnung zu sorgen und das Eigentum seiner Bürger zu schützen. Und ja, er drohte denen, welche nicht für Ordnung sorgen würden, mit dem Einsatz des Militärs. Dies ist völlig richtig und als ultimative Möglichkeit zur Durchsetzung von Recht und Ordnung auch verfassungsmässig so vorgesehen.

Sofort prügelte die Presse auf Trump ein und beschuldigte ihn, die Situation aufzuheizen. Eine sehr seltsame Wahrnehmung – aber der linken Journaille wird es immer gelingen, Trumps Entscheide zu kritisieren und den geneigten Lesern und Zuschauern ein völlig verqueres Bild der Tatsachen zu präsentieren.

Zweierlei Recht

Natürlich versammelten sich umgehend auch in der Schweiz die Antifa-Anhänger, die Linken, die Grünen, die ahnungslosen Mitläufer und einige besorgte Bedenkenträger zu Demonstrationen gegen den in der Schweiz angeblich grassierenden Rassismus. Selbstverständlich unbewilligt und somit widerrechtlich – aber wohlwollend begleitet und gehätschelt von den Medien.

Auch die Polizei durfte nicht eingreifen. Gemäss den Medien verlief die Demonstration vom Samstag, 13. Juni 2020 völlig friedlich. Nur dumm, dass ein Video kursiert, welches zeigt, wie ein Kastenwagen der Polizei vor dem tobenden Mob flüchten musste. Ebenso gibt es Augenzeugenberichte von massiven Zusammenrottungen des linken Mobs an der Bahnhofstrasse. Die flanierenden Besucher unseres Landes und die kaufwilligen Passanten mussten um ihr Leben fürchten. Das alles zum Schaden der sonst schon arg gebeutelten Ladenbesitzer.

Was soll sich nun ein Beizer, der trotz der erlaubten Öffnung kaum auf einen vernünftigen Umsatz kommt, weil er in seinem Lokal die Abstandsvorschriften sklavisch einhalten muss, angesichts der Bilder von rund zehntausend dicht an dicht laufenden Demonstranten denken? Gilt in unserem Land nun zweierlei Recht? Der Bund täte gut daran, entweder die Teilnehmer von illegalen Demonstrationen zur Rechenschaft zu ziehen – oder alle Corona-Massnahmen nun endlich aufzuheben.

Vor linken Chaoten kuschende Migros

Und hier spannt sich der Bogen von Minneapolis in die ferne, kleine Schweiz. Wahrscheinlich wird die Migros inzwischen den Tag verflucht haben, an welchem entschieden wurde, die Mohrenköpfe der Firma Dubler aus dem Sortiment zu nehmen. Sind die Manager der Migros eigentlich total durchgeknallt?

Wie kommt man dazu, ein Produkt, welches seit über sechzig Jahren mit diesem harmlosen Begriff verkauft wird, plötzlich als rassistisch zu erklären? Zum Glück blieb Robert Dubler standhaft – er hat ja bereits Erfahrung von früheren Versuchen, seine Qualitätsprodukte zu diffamieren.

Auch wenn die Firma Dubler nun dank der enormen Publicity massiv mehr Mohrenköpfe als sonst verkauft: Es bleibt der schale Beigeschmack, dass es auch hätte anders kommen können! Zum Glück macht Dubler nur wenig Umsatz mit dem orangen Riesen – sonst wäre seine Existenz wohl gefährdet gewesen.

Umbenennung oder Verbannung

Es wurde schon angeregt, Mohrenköpfe künftig als «Schoggi-Chöpfe» zu bezeichnen. Ich finde dies offen gestanden etwas ungeschickt – denn wenn in meiner Jugend jemand einen Schwarzen beschimpfen wollte, so hänselte er ihn als einen «Schoggi-Chopf».

Schwarzkopf-Shampoo muss künftig wohl ebenso wie Wienerli, Zigeuner-Schnitzel, Uncle Ben's Reis und weitere angeblich rassistisch anmutende Produkte entweder umbenannt oder dann aus den Gestellen verbannt werden.

Schweiz, quo vadis? Quelle: <https://schweizerzeit.ch/schoggi-chopf/>

Bemerkung Billy: Alles gut und recht, was in dieser Ausführung gesagt wird, doch wurde dabei grundlegend vergessen darzulegen, welche vollkommen dumm-dämliche, sich stetig selbst widersprechende Vollniete, Präsident und miserabelster Staatsmissführender und am US-amerikanischen Volk verbrecherische Massenkiller Trampel-Tramp-Trump effektiv ist. Seine präsidiale und staatsführende Unfähigkeit und Schwachsinnigkeit hat bisher in den USA mehrere Millionen von Corona-Infizierten und über 150 000 Corona-Tote gefordert – und das ist nur die öffentlich bekanntgegebene Anzahl, der entgegen noch jene Zahl steht, die als Dunkelziffer offensichtlich nicht bekannt werden soll. Weshalb öffentlich darüber nicht gesprochen und keine Informationen freigegeben werden, wie das rund um die Welt auch in anderen Staaten der Fall ist, das soll wohl zur Beruhigung der Völker dienen. Dass in gewissen Ländern öffentlich die Corona-Todeszahlen ganz offensichtlich manipuliert und die gemeldeten effektiven Infizierungen und Corona-Todesfälle minder genannt oder bewusst falscherweise zu niedrig gehalten werden, als diese in Wirklichkeit sind, das dient wohl dazu, dass die Bevölkerungen in falscher Sicherheit gewogen werden sollen. Dieser Eindruck wird jedenfalls durch dieses miese und irreführende Handeln hervorgerufen.)

Wert der Unabhängigkeit

Home /EU-No-Newsletter, News/Der Wert der Unabhängigkeit EU-No-Newsletter, News |20. Juni 2020

Die politische Unabhängigkeit der Schweiz gegenüber der EU zu verteidigen ist der Auftrag unseres Komitees. Leider wird der Wert dieser Unabhängigkeit nicht mehr als selbstverständlich angesehen. Dies sollte uns jedoch ein Ansporn sein, die Vorteile und Vorzüge der politischen Eigenständigkeit der Schweiz wieder verständlicher und auch modern zu erklären. Denn es geht dabei keinesfalls um Abschottung, sondern darum, dass wir einfach anders, kreativer und besser sein können.



Sebastian Kurz, der Bundeskanzler von Österreich, hat sich erst kürzlich medial mit einem aussergewöhnlichen Statement zur Schweiz geäussert: «Die Schweiz ist unter den Topstaaten – auch weil sie nicht an EU-Regeln gebunden ist.» Dies umschreibt den Wert der Unabhängigkeit sehr einfach und anschaulich. Weil wir nicht gleich sind, nicht automatisch die gleichen Regulierungen wie die EU und eben eine eigenständige Rechtsauslegung haben, können wir besser sein als die anderen und uns dadurch in vielen Bereichen zu den «Topstaaten» zählen. Dazu gehören etwa immer wieder prominent die Bereiche Innovation und Forschung, aber natürlich auch Wohlstand, Sicherheit und Freiheit. Bundeskanzler Kurz hat diese Aussage aber in Zusammenhang mit den Corona-Hilfsprogrammen gemacht. Die Schweiz konnte nach dem Lockdown den Unternehmen und Arbeitsnehmenden relativ unkompliziert und unbürokratisch Hilfe gewähren. In Österreich waren solche Hilfsprogramme lange nicht möglich, weil das wegen der EU-Beihilferegelungen verboten war. Notabene ist das ein Hauptpunkt im Rahmenabkommen, die Übernahme dieser Regelungen für die Schweiz.

Ein weiteres Beispiel, wo sich Unabhängigkeit auszahlt

Erst kürzlich äusserte sich im SRF Wirtschaftsprofessor Dr. Friedrich Schneider zur Frage, warum die Schweiz in Sachen Schwarzarbeit den tiefsten Wert in ganz Europa hat. Er betonte explizit den Wert der direkten Demokratie: „Ein zentraler Grund ist die direkte Demokratie. Die Menschen in der Schweiz haben umfassende Mitbestimmungsrechte. Im Vergleich zu anderen Ländern hat jeder Einzelne mehr Möglichkeiten, sich individuell zu entwickeln. Des weiteren helfen die verhältnismässig tiefen Steuersätze. So bestehen kaum Anreize zur Schwarzarbeit.“ Wenn wir alles gleich machen würden wie im EU-Umland könnten wir nicht besser sein. Die von der Wirtschaft viel gelobten Standortvorteile würden mit dem Rahmenvertrag wegnivelliert. Alles gleich machen zu müssen, verunmöglicht es kluge Nischenstrategien zu fahren. Solche Beispiele müssen wir kommunizieren, um den Wert der Unabhängigkeit schmackhaft und verständlich zu machen.

Corona zeigt den Vorteil der Einzelstaaten

Grosse und zentralisierte Systeme wie die EU sind viel anfälliger für grosse Krisen und Fehlentwicklungen. Im Gegensatz dazu schützt die Unabhängigkeit von kleineren Einheiten, also der Einzelstaaten oder etwa auch der Kantone vor Systemrisiken. Dazu äusserte sich während dem Lockdown Prof. Dr. Francis Cheneval in der NZZ: „Gleichzeitig bestätigt sich der Menschheit der Vorteil der Einzelstaaten, denn gegen Systemrisiken gibt es als besten Schutz die Unterteilung, will heissen das Einbauen von Grenzen und Sicherungen sowie das Experimentieren in kleineren Einheiten. Wo die Grenzen und Sicherungen nicht vorhanden sind, kann ein System wie ein mächtiges Schiff durch ein einziges Leck zum Sinken gebracht werden.“ Genau so müssen wir die Vorteile und den Nutzen der politischen Eigenständigkeit erklären! Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt. Quelle: <https://eu-no.ch/der-wert-der-unabhaengigkeit/>

Strobl zu Stuttgart: „Wir sollten es mit Multikulti nicht übertreiben... Wir sind und werden nicht der Görlitzer Park“

Epoch Times 22. Juni 2020 Aktualisiert: 22. Juni 2020 18:34

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat eine harte Antwort auf die Ausschreitungen von

Stuttgart angekündigt. "Wir werden so etwas nicht dulden", sagte Kretschmann. Innenminister Thomas Strobl (CDU) sprach davon, dass "diese Liberalität, die hat natürlich ihre Grenzen und diese Grenzen sind überschritten, wenn Straftaten begangen werden."

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) hat versichert, die Randalierer aus Stuttgart zur Rechenschaft zu ziehen. „Gewalt gegen Personen, Gewalt gegen Polizisten darf es nicht geben. Wir werden die Randalierer mit allem, was uns der Rechtsstaat zur Verfügung stellt, verfolgen und zur Rechenschaft ziehen“, sagte Strobl der <Bild>.

Man benenne die Dinge klar beim Namen: „Es wird ja viel von der Liberalität in Stuttgart gesprochen. Das finde ich ganz in Ordnung, aber diese Liberalität, die hat natürlich ihre Grenzen, und diese Grenzen sind überschritten, wenn Straftaten begangen werden, insbesondere, wenn Gewalt ausgeübt wird.“

Strobl: „Multikulti hat seine klaren Grenzen in den geltenden Gesetzen“

Darüber hinaus verdeutlichte Strobl: „Wir sollten es mit Multikulti nicht übertreiben. Multikulti hat seine klaren Grenzen in den geltenden Gesetzen.“ Im Stuttgarter Schlosspark werde es auch in Zukunft keine offene Drogenszene geben: „Wir sind und werden nicht der Görlitzer Park.

Das wird auch in Zukunft mit aller Konsequenz gemacht, streng nach dem Motto `Wehret den Anfängen`. Ausserdem geht Strobl davon aus, dass die Randalierer möglicherweise mit dem gesellschaftlichen Umfeld zu tun haben: „Es muss einfach Schluss sein mit dem Beschimpfen unserer Polizei, mit dem Diskreditieren von Polizisten, ja bis hin zur Verleumdung unserer Polizei.“

Kretschmann: „Wir werden so etwas nicht dulden“

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat eine harte Antwort auf die Ausschreitungen von Stuttgart angekündigt. „Wir werden so etwas nicht dulden“, sagte Kretschmann am Montag bei einem Besuch am Ort des Geschehens mit Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und weiteren Politikern. Junge Männer hätten dort ohne Anlass eine „Gewaltorgie“ in Gang gesetzt. Die liberale Demokratie werde sich als „wehrhaft“ erweisen.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Kuhn) nannte die Täter „Kriminelle, die bereit sind, schwere Straftaten zu begehen“. Diese hätten „Krawall gegen die Polizei“ inszenieren wollen, sagte er bei dem Termin mit Kretschmann und Seehofer in Stuttgart. Daher halte er die Umschreibung als Angehörige der „Partyszene“ auch für unglücklich. In Stuttgart seien an Sommerabenden Zehntausende Menschen „friedlich“ unterwegs, um etwa einen Wein zu trinken.

Geschäfte wurden geplündert

In Stuttgart hatten in der Nacht zum Sonntag Hunderte Menschen randaliert und Polizisten angegriffen. Die Einsatzkräfte wurden mit Flaschen und Steinen beworfen, etliche Geschäfte geplündert. Mindestens 19 Polizeibeamte wurden nach Angaben der Behörden dabei verletzt, etwa zwei Dutzend Tatverdächtige vorläufig festgenommen. (afp/dts)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/kretschmann-zu-stuttgart-wir-werden-so-etwas-nicht-dulden-a3273060.html>

Wie die Tagesschau die Randalie in Stuttgart verfälscht

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 22. Juni 2020

Die Öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalten haben die Aufgabe, uns mit Nachrichten zu versorgen. Stattdessen üben sie sich in Propaganda, um Ereignisse, die nicht mehr verschwiegen werden können, so „einzuordnen“, dass die Gebührenzahler nicht mehr wissen, was sich wirklich abgespielt hat. Der Nachrichtenablauf ist inzwischen wie üblich: Die freien Medien im Internet berichten als Erste und werden, wie es Peter Weber von <Hallo Meinung> ging, als „Hetzer“ gebrandmarkt. Dann müssen die staatsfrommen Medien übernehmen, weil der Skandal nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden kann.

Wie die Berichterstattung dann aussieht, möchte ich am Beispiel des Tagesschau-Berichts vom 21.06 darstellen. In dem Beitrag wurden Ausschnitte aus Videos verwendet, die in den sozialen Netzwerken kursieren. Statt der Täter sind aber hauptsächlich Polizeibeamte zu sehen, die versuchen, der Randalierer Herr zu werden. Mit zwei Ausnahmen: Es wird gezeigt, wie ein Mann einem Polizisten mit Anlauf in den Rücken springt und ein Steinwerfer, der eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Beide Täter sind nicht genau zu erkennen.

Die Randalie hätte bei einer Überprüfung eines jungen Mannes wegen eines Drogendelikts begonnen, andere „Partygänger“ hätten sich dann gegen die Polizei „solidarisiert“ (sic!) (min 0:28). Für Otto Normalverbraucher sind es die Guten, die sich gegen die Bösen solidarisieren.

Dann wird ein blonder junger Mann interviewt (min 0:43), der den Eindruck erweckt, er hätte mit der Randalie zu tun, aber gar nicht zu Wort kommt, weil er von einer rüden Stimme aus dem Off unterbrochen wird: 'Fuck the police', mit deutlich südländischem Akzent. Nach dem Bericht, dass Geschäfte ge-

plündert wurden, wird ein Handyverkäufer (min 0:50) mit eritreischem Aussehen interviewt, der sich nicht erklären kann, was die Hintergründe dieser Ausschreitungen sind, wie sollte er auch. In der Zusammenschau entsteht der Eindruck, Weisse hätten die Geschäfte von schwarzen Mitbürgern verwüstet.

Zwar wurde gesagt, dass es sich um junge Menschen verschiedener Nationalitäten handelt, dann aber betont, dass 12 der 24 Festgenommenen einen deutschen Pass hätten. Wie viel dieser Passbesitzer noch einen oder zwei andere Pässe haben, wird nicht gesagt. Ausserdem wird durch die Betonung suggeriert, die Zahl 12 sei gering, was absurd ist, da die Zahl der Ausländer in Deutschland natürlich weit unter 50% liegt und diese folglich in den Festnahmen massiv überrepräsentiert waren.

Abschliessend wird auffällig betont, dass ein politischer Hintergrund auszuschliessen sei. In der Tagesschau fanden die Sequenzen, in denen deutlich Allahu Akbar, Gott ist am grössten, zu hören ist, keine Verwendung. Als Slogan von Partygängern ist der Ruf nicht bekannt. Es soll offensichtlich davon ablenkt werden, wer diesen Ruf zu welchem Zweck benutzt. Es könnte die Zuschauer verunsichern.

Wer schweigt, stimmt zu!

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2020/06/22/wie-die-tagesschau-die-randale-in-stuttgart-verfaelscht/>

Darum wollte Bolton Trump nicht mit Putin allein lassen © Sputnik / Alexej Nikolski

09:16 23.06.2020(aktualisiert 10:37 23.06.2020)



Der Ex-Sicherheitsberater des US-Präsidenten John Bolton hat in seinen vor kurzem erschienenen Memoiren unter anderem verraten, welchen Eindruck das Treffen mit dem russischen Staatschef Waldimir Putin vor zwei Jahren bei ihm hinterlassen hat.

Ende Juni 2018 waren Bolton und Putin zu einem anderthalbstündigen Treffen in Moskau zusammengekommen, kurz vor dem US-russischen Gipfel in Helsinki.

„Putin hat mich damit überrascht, dass er alles komplett verstanden hat, dass er ruhig und selbstbewusst war, egal um welche innenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen in Russland es ging. Er war sich der nationalen Sicherheitsprioritäten Moskaus voll bewusst. Ich würde ihn nicht mit Trump allein in einem Raum lassen wollen“, schreibt Bolton in seinem Buch „Der Raum, in dem es geschah: Memoiren aus dem Weissen Haus“ („The Room Where It Happened: A White House Memoir“), das seit Dienstag erhältlich ist.

Im Juli 2018 hielten Putin und Trump ihr erstes vollwertiges Treffen in der finnischen Hauptstadt ab.

Ex-Berater Bolton: Putins Vorbereitungs niveau bei Verhandlungen „undenkbar“ bei Trump

Sie besprachen Möglichkeiten zur Normalisierung und Entwicklung der bilateralen Beziehungen sowie aktuelle Fragen der internationalen Agenda. Nach den Gesprächen bekundeten die beiden Staatschefs ihr Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten. Allerdings wurde seither in diesem Bereich wenig getan.

Trumps Haltung gegenüber Putin bleibt ein Rätsel

Dabei blieb die persönliche Haltung von Trump gegenüber dem russischen Präsidenten für Bolton offenbar eine unbekannt Grösse:

„Was die Beurteilung in Bezug auf Putin selbst anbetrifft, so hat er (Trump) nie eine Meinung geäussert, zumindest nicht vor mir. Ich habe nie gefragt, was Trump denkt, vielleicht aus Angst vor dem, was ich hören könnte. Seine persönliche Haltung gegenüber dem russischen Staatschef blieb ein Rätsel“, so Bolton.

Er sei sehr beunruhigt gewesen, als Trump dem russischen Präsidenten zu seiner Wiederwahl im Jahr 2018 gratuliert habe, schrieb Bolton:

„Ich habe (...) eine sehr harte Meinung darüber geäußert, wie Amerika auf diesen Angriff (den Vorfall im britischen Salisbury – Anm. d. Red.) reagieren sollte, und diese Ansicht vertrete ich immer noch. Es war also beunruhigend zu lesen, dass Trump auf Empfehlung von (dem damaligen nationalen Sicherheitsberater Herbert) McMaster Putin zu seinem ‚Sieg‘ bei den russischen Präsidentschaftswahlen gratulierte“, so Bolton weiter.

Schliesslich habe Trump jedoch mehr als 60 russische Diplomaten ausgewiesen, erinnert Bolton seine Leser.

Boltons Entlassung

Bolton hatte 17 Monate lang in der Trump-Administration gearbeitet und wurde im September 2019 von seinem Posten enthoben. Medienberichten zufolge ist seine Entlassung auf Meinungsverschiedenheiten mit dem US-Präsidenten über die US-Politik gegenüber Afghanistan, Nordkorea und dem Iran zurückzuführen. Trump äusserte, er sei mit vielen Vorschlägen von Bolton nicht einverstanden.

Fall Skripal

Am 4. März 2018 sollen der ehemalige russische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia laut Darstellung der britischen Behörden mit einem Nervengift in Salisbury vergiftet worden sein. Das löste einen grossen internationalen Skandal aus. London machte Russland für die Vergiftung verantwortlich. Moskau wies diesen Vorwurf von sich und forderte eine unabhängige Aufklärung.

Zudem hatte das russische Aussenministerium die damalige britische Premierministerin, Theresa May, einer Lüge überführt. May hatte zuvor behauptet, dass das Gift für die Skripals in Russland hergestellt worden sei. Das britische Militärlabor von Porton Down widerlegte dies jedoch.

Anfang Juni 2020 berichtete die Zeitung „Sunday Times“ unter Verweis auf Regierungsquellen, Sergej Skripal und seine Tochter Julia sollen derzeit in Neuseeland leben.

asch/ae/sna

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20200623327408903-usa-russland-trump-putin-bolton/>

“Stark von Freunden erpresst“:



Philosoph Precht kritisiert Deutschlands Verhalten gegenüber Russland

© CC BY-SA 2.0 / re:publica / Gregor Fischer, 10:18 23.06.2020 (aktualisiert 10:24 23.06.2020)

Es ist veraltet, wie Deutschland gegenüber Russland denkt und handelt, so Richard David Precht. Die Welt stehe vor „Jahrhundertaufgaben“, die nicht mit so einem Denken zu bewältigen seien. Bei der AHK-Russlandkonferenz zur Coronakrise kritisiert er Aufrüstung und den „erpresserischen Freund“ Deutschlands: Die USA.

Die deutsch-russische Aussenhandelskammer (AHK) hat am Montag eine grosse Fachkonferenz zum Thema „Russland und die Welt 2021“ zum Einfluss Coronas abgehalten, bei der Wirtschaftsvertreter, Wissenschaftler und Politiker in interaktiven Formaten zu Wort kamen.

Es ging um die Auswirkungen der Pandemie auf die russische, deutsche und weltweite Wirtschaft, über Verschiebungen zwischen den Super- und Grossmächten bis hin zu globalen Lieferketten sowie aktuelle medizinische Entwicklungen und philosophisch-existenzielle Fragen.

Was die Konsequenzen aus Corona für den Menschen diesseits wie jenseits der Grenzen seien, beleuchtete der deutsche Gegenwartphilosoph Richard David Precht.

Gesundheit und menschenwürdiges Leben

„Der Mensch bleibt der Alte!“, so Precht. Es gäbe „nichts Alberneres“ als gegenwärtig die ständige Behauptung, nach Corona würde alles anders. „Die Menschen werden nach Corona nicht wesentlich anders werden, aber sie werden sich vielleicht bewusst geworden sein, dass sie nicht so etwas sind, wie defizitäre Computer oder dass sie nicht mit ihren Handys verwandt sind, sondern biologische Lebewesen und in einer Biosphäre lebend, dass sie sehr verletzlich sind.“

„Überreagiert ... an den Rand des Ruins“: Richard David Precht kritisiert Corona-Shutdown
Doch beim „Schutz des Lebens“ in einer Abwägung zu wirtschaftlichen Interessen gehe es um etwas mehr als nur „Gesundheit“. Mit „Leben“ sei auch gemeint, Freiheitsspielräume auszukosten, ein glückliches, erfülltes und menschenwürdiges Leben zu führen, aus dem der schlichte Gesundheitsaspekt nicht einfach so herausgelöst eine Sonderposition zugewiesen werden könne. Zum menschenwürdigen Leben gehörten laut Precht bestimmte wirtschaftliche Aspekte, weshalb keine Trennung, aber ein Abwägen beider Interessengüter mit Augenmass im Lichte der Pandemie erfolgen sollte.

Corona-Einschränkungen und Lockerungen regional abwägen

In Deutschland habe es durch das föderalistische System die Möglichkeit gegeben, je nach Bundesland, sogar nach Region, Entscheidungen zu treffen, wie viele Einschränkungen gemacht und wo mehr Freiheitsrechte gewährt werden konnten, etwa weil das Risiko als geringer erachtet wurde. Das sei „vorbildlich“, so Precht.

„Man sollte nicht mit ‚holzhackerischer‘ Sicherheit aus einer Perspektive über viele Millionen Menschen urteilen, sondern (...) nach der Bedürfnislage der jeweiligen Region entscheiden.“ Precht glaubt, „dann sind die Entscheidungen bei weitem nicht so schwierig, wie sie sich im grossen nationalen Kontext oft darstellen“.

Brennglas Corona und die wahren „Jahrhundert-Herausforderungen“

Corona habe aber wie ein Brennglas bestimmte Probleme, die längst vor Corona existierten, sichtbarer gemacht und Trends beschleunigt, so Precht. Die Menschheit stünde im 21. Jahrhundert vor „zwei gigantischen Aufgaben“, die es schon vor der Pandemie gab.

Digitalisierung und biologisches Überleben des Menschen

Die erste „Jahrhundert-Herausforderung“ sei, die Digitalisierung zu meistern, also den Einstieg ins zweite Maschinenzeitalter, in dem die Menschheit es mehr und mehr mit Maschinen zu tun haben werde und bei denen die Automation selbst automatisiert sei. Und die zweite Herausforderung sei die des Klimawandels und des Ressourcenverbrauches, also sich um das biologische Überleben der Menschheit drängende Fragen.

„Die Digitalisierung wird gewaltige Folgen haben für unsere Kulturen, für unsere Gesellschaften, auch für unsere Arbeitsmärkte, bis hin zu unseren sozialen Sicherungssystemen. Wir machen hier einen ähnlichen Umbruch durch, wie bei der ersten industriellen Revolution, als aus Agrarstaaten Industriestaaten wurden.“

Wi-Fi für Alle: Russische Pläne für den freien Internetzugang

So habe Russland die erste industrielle Revolution in der Zarenzeit „verschlafen“ und es dann selbst mit den gewaltigen Anstrengungen in der Zeit Stalins nicht vollständig geschafft, seinerzeit auf gleicher Höhe „mit ins Boot“ zu kommen. Das zeige, mit welcher dramatischen Geschwindigkeit und mit welchen grossen Konsequenzen industrielle Revolutionen einhergingen.

Was den Klimawandel und den Ressourcenverbrauch anbelange, so gelte es, die bestehenden Wirtschaftssysteme in von Nachhaltigkeit geprägte zu transformieren. Diese beiden Aufgaben seien beide „unendlich schwer zu bewältigen“, hätten gleichermassen „grosse gesellschaftliche Folgen“ und seien „die wahren Probleme und Konfliktlinien des 21. Jahrhunderts“, so Precht.

Freund-Feind-Schablone: Antiquierte Denkweise im Verhältnis zu Russland

Das „Ärgerliche“ daran sei, dass oft mit einer aus dem vergangenen Jahrhundert stammenden Denkweise an diese Probleme herangegangen würde. Dazu gehörten auch die oft „schablonenartigen Freund-Feind-Verhältnisse“, die Deutschland gegenüber Russland habe, so der Philosoph:

„Die reflexartige Ablehnung von Allem, was Putin macht, die moralische Verurteilung Russlands bei gleichzeitiger freundlicher Behandlung Chinas und Saudi Arabiens, sind Relikte des 20. Jahrhunderts.“

Die heutige Welt, in der tatsächlich immer mehr Geld für Waffen ausgegeben würde, obwohl zwei vorrangigere Probleme zu lösen seien, zeige, wie sehr überfordert die Menschen damit seien, die wahren Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu erkennen. Sie verbildliche, wie stark einerseits Lobbyinteressen und andererseits veraltetes Mindset (zu deutsch: Denkweise) immer wieder ins 20. Jahrhundert „zu-

rückpfeifen“ und den Menschen zuweilen den Glauben daran verlieren liessen, bereits auf der „Höhe der Zeit“ zu sein.

„Man muss sich fragen, wie gut diese Freunde sind“

Exemplarisch mag herhalten, wie die deutsche Wirtschaft in harte Auseinandersetzungen rund um Nord Stream-2 begriffen sei und seitens der US-Amerikaner Sanktionen ausgebaut und immer neue angedroht werden: „Es ist schon erstaunlich, wie stark man von Freunden erpresst werden kann“, so Precht dazu, wie die deutsche Gesellschaft und Politik das Verhältnis zu Russland gegebenenfalls verbessern könne.

„Und wenn man so stark von Freunden erpresst wird, muss man sich fragen, wie gut diese Freunde sind“, so Precht weiter. Deutschland würde umgekehrt auch nicht versuchen, die Geschäftsbeziehungen der USA zu anderen Ländern zu moralisieren oder zu unterbinden. An dem Beispiel würde deutlich, dass die Zukunft Deutschlands wie Europas vom gleichlautenden Wunsch der russischen Seite getragen sei, wohlverstandene deutsche und europäische Interessen zu vertreten.

Feindbild für Rüstungsindustrie

Es gäbe einige Punkte, da sei die Interessenlage ähnlich der USA, in anderen aber ganz anders: „Man darf nicht vergessen, dass die USA mit Russland so gut wie keine Wirtschaftspolitik betreiben und Russland als Wirtschaftspartner nicht brauchen, aber als Feind im Hinblick auf ihre Rüstungsindustrie ausgesprochen gut gebrauchen können.“

„Nichts Segensreicheres“ als entspanntes Russland-Verhältnis

Es sei an der Zeit, so Precht, dass die „deutsche Politik mit Vernunft und mit Augenmass lerne, ein gutes Verhältnis nicht nur zu den Vereinigten Staaten, sondern auch gegenüber Russland zu gewinnen“, weil dies für beide Länder wichtig sei und weil es „nichts Segensreicheres geben kann, als ein entspanntes Verhältnis gegenüber Russland und kaum etwas Gefährlicheres, als ein dermassen angespanntes Verhältnis, wie wir das im Augenblick sehr bedauerlicherweise wieder erleben“.

Die russischen Bemühungen im Hinblick auf die Atomare Abrüstung und das ständige „Am-Ball-Bleiben“ in dieser Frage, würden der Welt laut Precht „relativ gut signalisieren, dass die Russen an einer weiteren Verschärfung der Rüstungsspirale kein Interesse haben“.

Er wünsche sich, dass sich diese Initiative, auch wenn sie zwischendurch frustrieren möge, „immer wieder und immer lauter vorgetragen wird, um auch vielen Menschen in Europa klar zu machen, dass die Russen kein Interesse haben an einer Wiederkehr des Rüstungswettlaufs, wie wir es im Kalten Krieg erlebt haben.“

Versäumnisse um die Nato

Nach dem Ende des Kalten Krieges 1992 war Precht für eine Revision der Nato, „wenn sie nicht mehr gegen den alten Feind gerichtet ist“. Die Amerikaner - „die mit Abstand stärkste Kraft in der Nato“ - hätten das anders gesehen. Ihr Interesse bestand darin, so viele Länder wie möglich in ihren Dunstkreis aufzunehmen: Für die „Falken“ (politische Hardliner, Anm. d. Red.) in den USA war der Kalte Krieg 1992 längst nicht beendet, so Precht. „Das ist ein grosses Versäumnis, dass wir damals die Nato nicht modernisiert oder in ein anderes Verteidigungsbündnis überführt haben, und es ist traurig zu sehen, dass heute nicht die geringsten Ansätze dafür vorliegen, sondern dass Ereignisse wie in der Ukraine als Beispiele dafür genommen werden, für die nächsten 20 oder 30 Jahre an den einmal etablierten Strukturen von früher festzuhalten.“

Fühlbare Missstände führen zu Veränderungen – Krise sei Dank

Precht glaube, dass die Möglichkeit für gesellschaftliche Umwandlungen bestünde, aber seine Befürchtung sei, dass dafür Crashes und Krisen vonnöten seien, wie jetzt das Corona-Dilemma, damit „bestimmte Dinge, die man sich immer schon mal gedacht hat, wirklich fühlbar werden und darüber auch zur Veränderung führen können“.

Gesellschaft kann Politik „jagen“

Es gäbe Zeitgeistströmungen und sehr starke Trends, die die Politiker vor sich hertrieben. Die heutige Politik in den westlichen Demokratien sei abhängig von den Launen der Medien und von den Stimmungsschwankungen der Bevölkerung. Und wenn sich innerhalb dieser Stimmungsschwankungen stärkere Trends abzeichnen, dann liesse die Politik sich perfekt von der Gesellschaft jagen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20200623327409266-precht-kritisiert-deutschlands-russland-verhalten/>



Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm = CHF
 250x250 mm = CHF
 300x300 mm = CHF

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

3.- Hinterschmidrüti 1225
 6.- 8495 Schmidrüti
 12.- Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
 www.figu.org
 Tel. 052 385 13 10
 Fax 052 385 42 89

Jeder am Auto angebrachte Kleber – das richtige Friedenssymbol und/oder Überbevölkerungs-Symbol – hilft mit, das falsche Friedenssymbol/Todesrunen aus der Welt zu schaffen und das richtige Symbol zu verbreiten, wie auch, die Menschen wachzurütteln und sie auf die grassierende, weltzerstörernde Überbevölkerung aufmerksam zu machen.



IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; **FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN** erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier /././ **Telephon** +41 (0)52 385 13 10 (7.00 h – 19.00 h) / **Fax** +41 (0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703 3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org

Internet: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



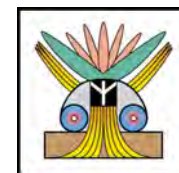
© FIGU 2020

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz